

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich zuzüglich Zustellgebühr nach Vereinbarung Platz- und Datenvorschriften ohne Anzeigenpreise

Redaktion und Verlag: Berlin S 14 Inselstr. 8a Fernruf: P. T. Jannowitz 8909, Postcheckkonto Berlin Nr. 8046 (Internationale Verlagsanstalt G m b H).

NUMMER 236 B

BEPLIN • Freitag, den 7. Oktober 1932

I. JAHRGANG

Der Ruf nach der Einheitsfront.

Über die gewerkschaftlichen Kämpfe hinaus zu politischen.

Irlands Kampf gegen England.

De Valeras christlicher Kommunismus.

K. M. Irland wurde im Laufe des 16. Jahrhunderts nach langen Kämpfen von den Engländern völlig unterworfen. Die irischen Bauern wurden aus ihren Höfen verjagt und gezwungen, sich Oedland urbar zu machen, für das sie an die Engländer Pacht zahlen mußten. Ihr früherer Besitz geriet in die Hände einer kleinen Zahl englischer Adliger, die viel Ackerland in Weide oder in Jagdgebiete umwandelten.

Seit jener Zeit lebte die irische Bevölkerung in dem allergrößten Elend. Viele Kleinbauern und Landarbeiter, die nicht genügend Korn für ihre eigene Ernährung hatten, lebten hauptsächlich von Kartoffeln. Eine schlechte Kartoffelernte genügte, um im ganzen Lande eine Hungersnot heraufzubeschwören und die Bauern zu zwingen, ihr Leben mit gekochtem Seegras und dem Blut, das sie lebenden Tieren abzupften, zu fristen. In solchen Jahren kamen jedesmal Tausende von Menschen ums Leben. Infolge der berüchtigten Hungersnot der Jahre 1845 bis 1851 verringerte sich die Bevölkerung von Irland durch Hungertod und Auswanderung um mehr als eine Million, während gleichzeitig von den Gütern der englischen Grundherren in Irland Getreide nach England ausgeführt wurde.

Die reichsten unter den irischen Landarmen wanderten aus: Nach England, wo sie einen bedeutenden Teil der industriellen Reservearmee in den ersten Jahrzehnten des Industrie-Kapitalismus stellten, oder nach Amerika, wo sie noch Land und Arbeitsmöglichkeiten fanden. In den USA gibt es heute mehr Iren als in Irland, wo die Bevölkerung jetzt mit 4 Millionen nur halb so zahlreich ist wie im Jahre 1800.

Die Iren haben sich ihrem Schicksal niemals gebeugt. Immer wieder machten sie Versuche, die Eroberer zu verjagen. Versuche, die von den Engländern mit der größten Grausamkeit unterdrückt wurden. Von den Aufständen unter O'Connell gegen die Abgabe des Zehnten in den Jahren 1830/33, über die „Jung-Irland“-Bewegung der vierziger Jahre, der „Land-Liga“ von 1880, der „Nationalen Liga“ unter P. P. S. Wilson von 1890 bis zu den Aufständen der Irischen Republikanischen Armee (IRA) von 1919/21 zieht sich eine lange Kette von erbitterten Kämpfen, die auf beiden Seiten mit großer Heftigkeit geführt wurden. Nicht selten haben die Iren durch ihre eigenen Fehler Niederlagen erlitten: Als z. B. die „Nationale Liga“ fast an ihrem Ziel angelangt war, die Befreiung Irlands zu erreichen, wurde ihr Führer P. P. S. Wilson wegen einer Einbruchsgeschichte verurteilt, die Freiheitsbewegung spaltete sich deswegen, der englische Ministerpräsident, Gladstone, der die Interessen der Iren vertreten hatte, wurde ihr Feind, und Jahrzehnte mühevoller Anstrengungen waren fast völlig verloren.

Trotz solcher Mißerfolge gelang es den Iren, die englische Regierung zu zwingen, schrittweise immer weiter nachzugeben. Durch die Gesetze von 1891, 1903 und 1909 wurde es den irischen Bauern ermöglicht, unter günstigen Bedingungen gegen eine jährliche Abzahlung das Land zu erwerben, auf dem sie bis dahin als Pächter gesessen hatten.

Diese Landreform hat die berühmten „Land-Annuitäten“ geschaffen, die im Mittelpunkt des jetzigen Konfliktes zwischen Irland und England stehen. Das sind jene Zahlungen, die die Bauern für das ihnen Vorfahren früher geraubte und ihnen jetzt zurückgegebene Land zu zahlen haben. Dieses Land hatte die britische Regierung den Grundherren abgekauft und zur Deckung der Kosten Anleihen aufgelegt, die in London gezeichnet worden waren. Die Zahlungen der Bauern dienten zur Zinszahlung und Tilgung dieser Anleihen. Diese Regelung dauerte bis zum Jahre 1920. Dann wurde durch Gesetz bestimmt, daß in Zukunft diese Anleihen aus Beträgen getilgt und verzinst würden, die im britischen Staatshaushalt dafür vorgesehen werden sollten, während die Land-Annuitäten zur Verfügung der irischen Verwaltung blieben. Und zwar war diese Regelung darum getroffen worden, weil, wie zwei englische Regierungskommissionen einwärtig festgestellt, Irland seit langer Zeit zu stark besteuert worden war. Die jährlichen Steuereinnahmen aus Irland betragen 27 bis 38 Millionen Pfund, was fast genau den Land-Annuitäten entspricht.

Als 1921 die englische Regierung gezwungen war, den irischen Freistaat als ein selbständiges Glied im Britischen Weltreich anzuerkennen — ein Zugeständnis, das von De Valera und der IRA abgelehnt wurde, weil es Irland keine völlige Freiheit brachte — ergab sich die Frage, in welchem Maße die irische Regierung zu dem englischen Budget beitragen sollte. Durch eine Reihe von Verträgen, die lange geheim blieben, wurde in den Jahren nach 1921 zwischen den



W—er, Die besonderen Bemühungen innerhalb der Arbeiterschaft um die Herstellung einer einheitlichen Kampffront sind zur Zeit etwas in den Hintergrund gedrängt worden. Trotzdem hat die Idee dieser Einheitsfront selber die Bestätigung ihrer Richtigkeit praktisch erfahren: die große Reihe der gewerkschaftlich zum Teil gebilligten, zum Teil selber organisierten Streiks, die fast durchweg gewonnen worden sind, zeigt, daß — wie wir immer behauptet haben — die Gewerkschaften der Fels sind, von dem aus die organisierte Einheitsfront des Proletariats insofern ihren Anfang nehmen kann, als die Möglichkeit einer organisierten Arbeiterbewegung durch die gewerkschaftlichen Kämpfe dieser Zeit überhaupt erst erhalten bleiben kann.

Wie wenig Grund jedoch vorhanden ist, bei diesen gewiß schönen und Viele überraschenden Erfolgen stehen zu bleiben, wie nötig es also ist, über die gewerkschaftliche Aktivität und Einigkeit hinaus zu politisch gemeinsamer Wirksamkeit zu kommen, — diese Notwendigkeit wird blitzlichtartig klar durch einen „Der Feind steht links“ überschriebenen Leitartikel in der deutsch-militärisch-herrenklüblichen „Berliner Börsen-Zeitung“. Nach einer wüsten Schimpferei auf alle möglichen linken Organisationen, der man den Aerger über den Streit im Lager der Rechten allzu deutlich anmerkt, fordert sie, daß man der

„immer kühner und unverschämter“ werdenden Linken „baldmöglichst einen kräftigen Dämpfer“ aufsetzen solle. Den Gipfel einer tollen Borniertheit erreicht der Leitartikelschreiber, der sich obendrein noch „ius“ (das Recht) nennt, mit der folgenden Aufforderung an die Regierung: P. P. S. Wilson und ihre Organe:

„Vollends wäre es aber ein nationales Unglück, wenn man zu vergessen anfinge, daß der gemeinsame Feind auf der Linken noch keineswegs tot, sondern im Gegenteil wieder äußerst aktiv ist. Auch der von der Regierung gegenwärtig so stark betonte Wille zur Überparteilichkeit darf und kann u. E. nicht dazu führen, daß der Marxismus nun etwa mit gleichen

Ministern beider Länder ausgemacht, daß Irland einen Beitrag in der Höhe der Land-Annuitäten an England bezahlen sollte.

Die Wahlen des Jahres 1932 brachten die Niederlage der bisherigen Regierung von Irland, der Regierung Cosgrave, und den Sieg der Sinnfein-Partei unter De Valera. Die neue Regierung erklärte sofort, sie würde die gegen den Willen der jetzigen Regierungspartei abgeschlossenen Verträge von 1921 und der darauf folgenden Jahre nicht anerkennen. Die irischen Abgeordneten würden dem britischen König keinen Treueid leisten, und die Land-Annuitäten würden nicht bezahlt werden. So brach der Konflikt aus, der jetzt einen so großen Umfang angenommen hat.

Es fanden zunächst eine Reihe von Verhandlungen mit der englischen Regierung statt, in deren Verlauf De Valera zusagte, sich der Entscheidung des Konfliktes durch ein internationales Schiedsgericht zu fügen. Nur forderte er, daß diesem Schiedsgericht auch Staatsmänner anderer als britischer Länder angehörten. Diese Bedingung nahm MacDonaid, nicht an. Der Kampf zwischen den beiden Regierungen wurde mit großer Schärfe und wenig gegenseitigem Entgegenkommen geführt. Zum Beispiel ließ die englische Regierung De Valera zu Verhandlungen nach London kommen, und bei seiner Ankunft mußte er erfahren, daß die Voraussetzungen für das Stattfinden von Besprechungen mit der englischen Regierung nicht gegeben seien. So mußte er unverrichteter Dinge wieder abziehen.

Schließlich verwickelte die englische Regierung ihre Drohung, den Wirtschaftskrieg gegen Irland zu eröffnen, wenn die Land-Annuitäten nicht gezahlt würden: Sie führte hohe Zollschränken gegen irische Waren ein, worauf De Valera

AUS DEM INHALT:

Französische Stimmen zur Wehrfrage.
Ein unbelehrbarer Staatsanwalt.
Ich schieß' den Hirsch . . .
Arbeitsdienstlager der Arbeiterschaft.
Tierrecht in England.

Maßen gemessen wird, wie diejenigen Teile der nationalen Bewegung, die zur Regierung in Opposition stehen. Es ist gewiß etwas Schönes um die parteipolitische Neutralität einer autoritären Regierung; aber diese Neutralität muß ihre Grenze finden gegenüber politischen Strömungen, deren nationale Schädlichkeit geschichtlich erwiesen ist. Es mag vielleicht gut sein, sich daran zu erinnern, daß auch das Regime des kaiserlichen Deutschland überparteilich war und daß diese falsch verstandene Überparteilichkeit in den letzten Kriegsjahren zu einer ganz unbegreiflichen Schonung der marxistischen Elemente geführt hat, eine Taktik, die sich schließlich bitter rächte.“

Hoffentlich lernt die Arbeiterschaft und ihre Führung aus diesen zynischen Eingeständnissen ihrer Gegner, daß der von ihr eingeschlagene Weg bei der Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse jeden x-beliebigen mitreden und mitwirken zu lassen, wie das die Demokratie vorschreibt, falsch ist. Beim Aufbau einer gesellschaftlichen Ordnung haben nur ordentliche Leute mitzuwirken; Leute wie der erwähnte Artikelschreiber, der offen das Willkür-Regime des bornierten Wilhelm II. als zu tolerant bezeichnet, haben jedenfalls nirgend wo das Recht, nach ihrer Meinung auch nur gefragt zu werden. Mit solchen Leuten müßte man so verfahren, daß man sie mit anderen Leuten ähnlicher Gesinnung zusammen

auf eine Insel packt und sie dort nach dem von ihnen proklamierten Grundsatz des Faustrechts leben läßt.

Dann werden diese mit einem großen Mundwerk behafteten Füllfederhalter-Strategen, die hier so kaltblütig alles Recht der andern in die Binsen hauen, bald zur Raison gebracht werden. Dann werden sie die Gleichberechtigung der Arbeiterschaft, wenn auch nicht aus ihrem Rechtsgefühl, so doch wenigstens vor Angst, anerkennen.

mit der Einführung von Zöllen gegen britische Waren antwortete.

Nun sind aber die irischen Bauern gegenwärtig in sehr hohem Maße davon abhängig, daß die Engländer ihnen ihr Vieh abkaufen, das in Irland gezüchtet und in England gemästet und dann geschlachtet wird. Wegen der Zölle ist die Vieh-ausfuhr ganz erheblich zurückgegangen. Verglichen mit der gleichen Zeit des Vorjahres ist sie für Rinder auf ein Viertel, für Schafe auf nicht ganz zwei Drittel, für Schweine auf ein Achtel gesunken. Die Bauern werden ihr Vieh nicht mehr los. Sie kaufen also Lebensmittel (z. B. importierten Weizen) u. s. w. auf Borg von den Händlern. Diese wiederum kaufen vor allem Importwaren auf Kredit der Banken. Das geht so lang gut, wie die Banken die starken Anforderungen aushalten, die an ihr Kreditssystem gestellt werden. Manche sagen, daß es schon im Oktober zum Krach kommen wird.

Wenn De Valera es darauf ankommen lassen will, den Wirtschaftskrieg gegen England fortzusetzen, so muß er für die irische Wirtschaft, die auf den englischen Absatzmarkt eingestellt ist, ein neues Gleichgewicht schaffen. Er kann dies entweder tun, indem er versucht, der irischen Landwirtschaft einen neuen Absatzmarkt zu schaffen, oder indem er Irland autark macht. De Valera will den zweiten Weg beschreiten durch die Verwirklichung seines Planes des „christlichen Kommunismus“. Schwindet die Ausfuhr nach England, so müssen wir den irischen Bauern andere Beschäftigung schaffen, wenn wir sie nicht durch die Wohlfahrt unterhalten wollen. Sie sollen sich auf Weizenbau umstellen. Weizen läßt sich in anderen Ländern billiger herstellen. Wir müssen daher unseren Bauern Staatszuschüsse zahlen, wenn wir sie dazu bringen

wollen, Weizen anzubauen. So ungefähr argumentiert De Valera. Ferner: Wir müssen nationale Industrien schaffen, um uns von England ganz unabhängig zu machen. Dazu werden wir die Form der Kleinindustrie mit modernen Maschinen wählen und so jeden Iren zum Besitzer von Produktionsmitteln machen, wie dies in den Päpstlichen Enzykliken gefordert wird. Um dies zu erreichen, ist es aber notwendig, daß der Staat die Leitung der Wirtschaft in die Hand nimmt: Rohmaterialien und Kraftstrom besorgt, Unterstützungen gewährt, den Absatz sichert u. s. w. So gelangen wir zu einer Staatswirtschaft nach christlichen Grundsätzen.

Kann ein solcher Plan gelingen? Wir bezweifeln es sehr. Denn seine Durchführung würde dauernd so große Opfer von der Bevölkerung verlangen, daß die Feinde De Valeras an Einfluß gewinnen würden. Seine eigenen Anhänger können die Geduld verlieren; denn es scheint, daß sie sich zum Teil, wie die Nazis, aus der unzufriedenen Jugend zusammensetzen, die eine sofortige Besserung erwartet. Dazu kommt, daß die IRA keineswegs in allen Dingen auf dem Boden De Valeras steht: Wird er auf die Dauer im Stande sein, mit seinen Versuchenden eines christlichen Patriarchismus die Kommunisten, die in der IRA großen Einfluß haben sollen, hinzuhalten?

Aber wäre es überhaupt wünschenswert, daß der Plan De Valeras gelingt? Wir bezweifeln nicht, daß die Iren im Recht sind, wenn sie fordern, von einer Herrschaft frei zu werden, die sie seit Jahrhunderten auf das Schändlichste gequält hat. Daß sie die Land-Arbeitslosen nicht mehr weiterzahlen, erscheint uns unter Berücksichtigung der beschriebenen historischen Vorgänge berechtigt.

Andererseits dürfen wir nicht vergessen, daß Irland, wenn es sich aus der Zange des britischen Imperialismus endgültig befreit hat, noch keineswegs auch nur die hauptsächlichsten Ausbeuter los ist. Der Katholizismus, dessen großer Einfluß in Irland auf dem Dubliner Eucharistischen Kongreß im Frühling 1932 klar zutagegetreten ist, wird vielleicht noch gestärkt werden, wenn Irland zu De Valeras „christlichem Kommunismus“ übergeht. Dazu kommt, daß es auch in Irland eine Kapitalistenklasse gibt, die das Ihrige tut, um die Arbeiter- und Bauernschaft zu unterdrücken.

Unter diesen Umständen ist es zum mindesten sehr fraglich, ob für das irische Proletariat heute der nationale Befreiungskampf, der notwendigerweise den Nationalismus stärkt, dem direkten Klassenkampf gegen Kapitalismus und Katholizismus vorzuziehen ist.

Merkwürdige Bedingungen! Daß sich juristische Fragen nicht vermeiden lassen, wenn es sich um die Neuordnung von Verhältnissen handelt, die durch Verträge geregelt sind, sollte klar sein; daß die französischen Bedenken gegen die deutsche Aufrüstungsbereitschaft — die übrigens auch von Italien und England geäußert worden sind — nicht aus der Luft gegriffen sind, haben wir schon mehr als einmal nachgewiesen. Aber selbst abgesehen von der unzulänglichen Begründung der deutschen Bedingungen: Die französische und die englische Note sind die vorläufig letzten offiziellen Äußerungen in der internationalen Wehrdiskussion. Die deutsche Regierung hat es abgelehnt, eine Antwort darauf zu erteilen und die Beanstandungen, die sie vorzubringen hatte, offiziell anzumelden. Damit hat sie sich auch das Recht verschert, bei der Fortführung der Diskussion diese Stellungnahmen ihrer Gesprächspartner zu übergehen, als ob nichts gesagt worden wäre.

Wenn sie auf die Argumente der Gegenseite nicht eingehen will, soll sie sich offen auf Monologe beschränken, aber nicht so tun, als habe sie mit der deutschen Wehrdenkschrift eine Unterhaltung einleiten wollen.

Daß in England bei den auf deutscher und französischer Seite gemachten Vorbehalten, die Freude an dem Konferenzplan nicht steigt, ist begreiflich. Am Mittwochabend war in London bereits die Rede davon, daß die Konferenz ins Wasser gefallen sei. Eine amtliche Bestätigung dieser Absage liegt allerdings noch nicht vor; die offiziellen Meldungen erklären vielmehr immer noch feierlich und geheimnisvoll, „daß die Angelegenheit erwogen würde“.

Französische Stimmen zur Wehrfrage.

G. K. Paris, den 4. Oktober 1932.

Die Symmetrie der II. Internationale.

Im „Populaire“ vom vergangenen Sonnabend bespricht L. Coen Blum die kürzlich in Zürich stattgefundene Zusammenkunft des Büros der II. Internationale. Das Büro hat sich, in Uebereinstimmung mit seinen früheren Beschlüssen, für das Prinzip der Gleichheit als obersten Grundsatz bei der Abrüstung ausgesprochen. Es hat sich gegen jede Aufrüstung Deutschlands gewandt, es fordert die „fortschreitende Verringerung der militärischen Rüstungen und schließliche Entwaffnung auf der Basis einer gemeinsamen und gegenseitigen Kontrolle“.

Blum freut sich über die Uebereinstimmung, die in Zürich erzielt worden ist, und noch mehr darüber, daß schon vor der Zusammenkunft „ohne Uebereinkunft und besondere Fühlungnahme“ die einzelnen Sektionen angesichts der gegenwärtigen schweren Lage „mit einer Harmonie oder wenigstens mit einer Symmetrie gehandelt haben, auf die wir mit Recht stolz sein können“. Daß eine Fühlungnahme angesichts der kritischen Lage nicht stattgefunden hat, erscheint Blum, dem Führer der französischen sozialistischen Partei, keineswegs als ein Fehler! Jene „Symmetrie“, ob nun mit oder ohne vorherige Verabredung, scheint kaum auszureichen als Basis für eine gemeinsame internationale Aktion. Blum sagt ausdrücklich, daß das Büro darauf verzichtet hat, ein besonderes Manifest zu veröffentlichen, da es nur „die früheren Entschlüsse der Internationale hätte wiederholen können“. Mit anderen Worten, das Büro der II. Internationale hat auch angesichts der Verschärfung der internationalen Lage nichts Neues zu sagen, und die Symmetrie besteht darin, daß es allen ihr angeschlossenen Parteien ebenso geht.

Gleichheit oder Sicherheit?

In der „Ere Nouvelle“ von heute steht ein interessanter Aufsatz von Nogaró über die Hindernisse, die einer wirklichen Sicherung des Friedens im Wege stehen. Getreu dem Vorbild Herriots weist der Verfasser zunächst den Vorwurf zurück, die französische Regierung wolle eine dauernde Benachteiligung Deutschlands. Im Gegenteil, die französische Regierung wolle die Gleichberechtigung Deutschlands mit allen anderen Völkern der Erde, Deutschland habe ein gleiches Recht wie alle anderen auf Sicherheit. Nur

„wir fürchten die von Deutschland unternommenen Versuche, seine militärischen Streitkräfte zu vermehren,

weil wir nicht verkennen können, daß Deutschland politische Ziele hat, die es dazu führen können, sich seiner Macht zu anderen Zwecken als zu seiner Sicherheit zu bedienen“.

Darum sei es besser, Deutschlands Forderungen abzulehnen, besonders „weil es sich in der Tat bisher gezeigt hat, daß

eine gewisse Ungleichheit (der Rüstungen) zu Gunsten von Ländern, die keinen Grund zum Angreifen haben, die beste Sicherung des Friedens ist“.

Hier gilt die stillschweigende Voraussetzung, daß Frankreich ein solches Land ist.

Will aber Deutschland nichts weiter als seine Grenzen schützen, so „sind seine Bestrebungen nicht unvereinbar mit den unsrigen“. Die wahren Gegner des gleichen Rechts Deutschlands auf Sicherheit seien nicht die Franzosen, sondern die Engländer und Amerikaner. Beides sind Völker mit Regierungen, die nicht „eine überstaatliche Militärmacht zulassen, die ihre Souveränität beschränken würde“ und sind daher nur für die schrittweise Abrüstung aller. Auf Grund ihrer These müßten sie daher entweder einer Aufrüstung Deutschlands bis zur Höhe ihrer eigenen Rüstungen zustimmen oder selber bis zum Niveau Deutschlands abrüsten. Sie wollen aber beides nicht und verhindern daher eine vernünftige Lösung des Konfliktes, der sich aus den deutschen Forderungen ergibt.

Sehr richtig! Die englisch-amerikanische These schafft ein Dilemma, von dem nur derjenige sich befreien kann, der, wie Nogaró, ein Übergewicht der Staaten schaffen will, die keine Angriffsabsichten haben. Aber auf welchen der kapitalistischen Staaten trifft das zu?

Einseitige Unterhaltungen.

Die Wehrdiskussion stockt.

Die deutsche Regierung hat auf die englische Einladung zur Fünf-Mächte-Konferenz noch keine Antwort erteilt. Das Kabinett soll die Einladung erst beraten. Daß keine unbedingte Zustimmung erfolgt ist sicher. Wie es heißt, erwägt man in den Kreisen der Regierung den Gedanken, die Zustimmung zur Konferenz davon abhängig zu machen, daß die Londoner Aussprache nicht von der Grundlage der englischen und der französischen Wehrnote ausgeht. Denn die englische Note habe die deutsche Forderung hinter juristische Fragen zurückgeschoben; die französische habe das deutsche Verlangen in einen Aufrüstungswillen umgedeutet.

Rumänien gegen Auslandskontrolle.

In der rumänischen Kammer sprach der Abgeordnete Junian sehr scharf gegen die Sparmaßnahmen, die der Sachverständigen-Ausschuß des Völkerbundes der Regierung empfohlen hat. Diese Rede ist nicht nur in der Öffentlichkeit mit großer Zustimmung begrüßt worden, sondern die Regierung hat sich daraufhin entschlossen, den Minister Madgearu — der in Genf ist, um dort das Protokoll der Vorschläge des Ausschusses zu unterzeichnen — anzuweisen, das Protokoll durch Sonderkurier nach Bukarest zurückzuschicken, wo die Regierung es noch einmal einer genauen Prüfung unterziehen will. Die wichtigsten Forderungen, die in dem Protokoll enthalten sind, verpflichten die Regierung, 40 000 Beamten abzubauen,

die Gehälter nur in dem Maße zu zahlen, wie die Staatseinnahmen dies gestatten,

die staatlichen Petroleumfelder zu verkaufen und vier nicht-rumänische Kontrollbeamte im Finanzministerium einzustellen.

Mussolini rüstet zum Krieg.

Die römische Zeitung „Gazetta Ufficiale“ veröffentlicht den Beschluß der italienischen Regierung, ein Amt zu gründen, das in Kriegsfällen die Mobilisierung von Arbeitskräften für Kriegsindustrien und lebenswichtige Betriebe besorgen soll. Dieses Amt soll mit dem Ausschuß für Zivilmobilisierung zusammenarbeiten.

In der Besprechung des irischen Ministerpräsidenten De Valera mit englischen Ministern in London, die verabredet worden, daß am 14. Oktober Verhandlungen zwischen der irischen und der englischen Regierung eröffnet werden sollen über die Frage der von Irland zurückgehaltenen Zahlungen, auf die England Anspruch erhebt. Schon diese Verhandlungsbereitschaft, die auf beiden Seiten vorzuliegen scheint, ist ein Fortschritt in den englisch-irischen Beziehungen. Man hält es für möglich, daß De Valera nach dem von ihm erzwungenen Rücktritt des britischen Generalgouverneurs von Irland nachgiebiger sein wird als bisher.

Das dänische Budget für das Jahr 1931/32 ist ausgeglichen. — Diese erstaunliche Mitteilung machte der dänische Finanzminister, der sich selber darüber wunderte, da er mit einem Defizit von 5 bis 6 Millionen Kronen gerechnet hatte.

Das Schienen-Automobil.

F. D. Schon seit längerer Zeit wird versucht, Automobile gewissermaßen auf die Schienen der Eisenbahn zu setzen. Triebwagen mit einem Verbrennungsmotor wie ihn die Automobile haben, hatten sich aber bisher nicht bewährt, weil die Stöße der Schienenenden den Motor zu stark erschütterten. Man machte deshalb Versuche mit Gummirädern auf Schienen für diese Triebwagen. Aber auch das bewährte sich nicht, weil der Verschleiß an Gummi infolge der Schienenstöße zu groß war. Jetzt scheint man einen Ausweg gefunden zu haben, der sich bewährt. Man hat um den Gummireifen noch einmal einen Stahlreifen gelegt, so daß der Gummireifen nicht direkt auf der Schiene läuft. Ein mit solchen Rädern ausgerüsteter Triebwagen mit Verbrennungsmotor wurde kürzlich auf der Strecke Wien—Semmering in Oesterreich mit gutem Erfolg ausprobiert. Mit dem Wagen wurden große Durchschnittsgeschwindigkeiten erreicht, die weit über die Geschwindigkeiten der Schnellzüge hinausgehen. Der Lokalverkehr der Eisenbahnen dürfte durch diese neuen Triebwagen eine wesentliche Verbesserung erfahren, da sie geeignet sind, die alten schwerfälligen und teuren elektrischen Triebwagen, die mit Akkumulatoren fahren, zu verdrängen.

Zeitlupen.

F. D. Bekanntlich entstehen die bewegten Bilder auf der Leinwand des Kinetographen dadurch, daß kurz hinter einander aufgenommene Bilder eines bewegten Vorganges wieder kurz hinter einander auf die Leinwand projiziert werden. Es handelt sich dabei um etwa 200 bis 400 Aufnahmen in der Sekunde. Wenn man nun den Bildstreifen, auf dem sich die vielen einzelnen Bilder befinden, bei der Projektion langsamer als bei der Aufnahme laufen läßt, so entsteht die bekannte Zeitlupenwiedergabe. Man kann dann einen in der Natur sehr schnell verlaufenden Vorgang, z. B. den Sprung eines Pferdes über eine Hürde, in seinen einzelnen Phasen genau verfolgen. Die Zeitlupen haben nun eine besondere Bedeutung für die wissenschaftliche Untersuchung schnell verlaufender Vorgänge in der Natur. Aber die gewöhnliche Filmkamera mit ihren höchstens 400 Bildchen in der Sekunde genügen den Ansprüchen der Wissenschaft schon bei weitem nicht mehr. Um z. B. genau den Vorgang bei einer elektrischen Entladung verfolgen zu können, braucht man viel mehr Auf-

nahmen in der Sekunde, das heißt Aufnahmen in viel kürzeren Abständen. Man hat deshalb kompliziertere Aufnahmeapparate konstruiert. Der neueste Apparat befriedigt auch schon verwöhnte wissenschaftliche Ansprüche: Er macht 16 000 Aufnahmen in der Sekunde, braucht also für jede Aufnahme nur ein sechzehntausendstel Sekunde!

Das 2. internationale Polarjahr.

F. D. Vor kurzem ereignete sich auf der Insel Nowaja Semlja im nördlichen Eismeer ein schweres Flugzeugunglück. Ein russisches Flugzeug geriet in einen Sturm und stürzte ab. Von den 5 Insassen, die sich auf einem Erkundungsflug befanden, kamen nur 2 mit dem Leben davon. Durch diese Meldung wird die Aufmerksamkeit auf das zweite internationale Polarjahr gelenkt, in dessen Rahmen der Erkundungsflug stattfand. Dieses sogenannte „Internationale Polarjahr“ dauert vom 1. August 1932 bis zum 31. August 1933. In diesem Zeitraum werden durch wissenschaftliche Vertreter fast aller Staaten auf der ganzen Erde meteorologische Beobachtungen nach einem einheitlichen Plan durchgeführt. In den bewohnten Gegenden der Erde sind zwar schon überall ständige meteorologische Beobachtungsstationen eingerichtet, die auch international zusammenarbeiten und dadurch zum Beispiel dem internationalen Flugdienst wertvolle Hilfe leisten, aber ihr Beobachtungsmaterial reicht nicht aus zur Beantwortung aller Fragen, die die Wissenschaft an die Wetterbeobachter stellt. Deshalb werden in diesem Polarjahr vor allem auch eigens zu diesem Zweck eingerichtete Stationen in den Polargegenden mit in dem Beobachtungsplan einbezogen. Der Name „Polarjahr“ ist also eigentlich irreführend, denn es werden ja auf der ganzen Erde Beobachtungen gemacht, nicht nur in den Polargegenden. Neben der Erforschung rein wissenschaftlicher Probleme, wie der Polarlichterscheinungen, hat das Polarjahr große Bedeutung für die Förderung der Wettervorhersage. Das erste internationale Polarjahr fand vor 50 Jahren vom September 1882 bis zum September 1883 statt. Damals arbeiteten 48 Stationen, davon 14 in den Polargegenden.

Goldgräberstadt in Schweden.

Im Laufe weniger Jahre ist im Norden Schwedens, mitten in einem Wald- und Sumpfbereich, eine Stadt emporgewachsen. Die Goldgrube Boliden, nach der auch die Stadt heißt, ist der Mittelpunkt der Stadt. Jetzt ist von stant-

lichen Revisoren festgestellt worden, daß die Grube, die im ganzen 4000 Personen beschäftigt, vom Beginn des nächsten Jahres ab täglich 20 kg reines Gold liefern wird, und daß sie außerdem die Hälfte des schwedischen Kupferbedarfs decken kann.

Der erste Schnee.

Die kühle Witterung hat in den bayerischen Bergen die ersten Schneefälle gebracht. Zahlreiche Orte des Oberlandes und des Gebirges meldeten am Mittwoch zum Teil starke Schneefälle. So ist z. B. in den Allgäuer Bergen bis hinab auf etwa 1300 Meter starker Schneefall zu verzeichnen. Aus den Tannheimer und Ammergauer Bergen wurde bis zu 30 Zentimeter Neuschnee gemeldet.

Ein 2000 Jahre altes Buch.

Sven Hedin, der schwedische Forschungsreisende, hat auf seiner vorigen Reise durch China ein Buch gefunden, das bereits aus dem ersten Jahrhundert vor Christi Geburt stammen würde. Es besteht aus 78 zusammengebundenen Holztafeln. Professor Bernhard Karlgren von der Universität in Gothenburg hat sich angeboten, den Text zu entziffern.

„Flucht in die Stille.“

Die katholische Kirche führt bekanntlich seit einiger Zeit für viele Berufsgruppen besondere Exerzitien durch, das sind geistliche Uebungskurse, die die Kurs-Teilnehmer wieder enger mit der Kirche verbinden sollen.

Für die katholischen Journalisten hat die Kirche neuerdings eine wenn auch schwierige, so doch besonders zweckmäßige Uebungs-Form gefunden. Die Tage der Exerzitien bringen nämlich für die Journalisten eine Zeit völligen Schweigens. Nur der Exerzitien-Meister spricht. „Eine herrliche Haltung geistiger Selbstzucht liegt in diesem dreitägigen Silentium. Eine Haltung, die erst schwer ist, dann aber innerlich wahrhaft befreit“, so lautet der Bericht über diese Uebungen. Wir finden, daß mancher Journalist diese Selbstzucht möglichst lange durchführen sollte. Ganz besonders empfehlen wir sie aber den Zentrums-Journalisten für die Dauer ihres Lebens.

Tierrecht in England.

H. M. Wir wiesen schon verschiedene Male auf das Preis-ausschreiben der Fédération Dentaire Internationale hin, das Belohnungen dafür aussetzt, daß Hunde eineinhalb Jahre lang auf die ungeheuerlichste Weise gequält werden. In Deutschland haben sich nur einzelne Zahnärzte gefunden, die gegen dieses barbarische Unternehmen protestiert haben. Um so erfreulicher ist die Stellung, die in England zu diesem Wettbewerb eingenommen wird.

Die englische Zahnärzte-Organisation hat auf ihrem kürzlich stattgefundenen Kongreß beschlossen, den Wettbewerb nicht zu unterstützen, da trotz des großen Aufwands an Tierquälerei, den er mit sich bringt, nicht einmal zu erwarten ist, daß er zu irgendwelchen für die Zahnheilkunde wichtigen Ergebnissen führen wird.

Der englische Zahnärzteverband hat darum ein anderes Preis-ausschreiben in Gang gesetzt, das demjenigen eine Belohnung verspricht, der am schlagkräftigsten die Unsinnigkeit und Gemeinheit des Wettbewerbs der Fédération Dentaire Internationale darlegt.

Samuel, der bisherige britische Innenminister, der sich im allgemeinen nicht dadurch auszeichnet, daß er die Ausbeutung bekämpft, ist auf dem rühmlichen Weg, den der englische Zahnärzteverband in der Frage des internationalen Wettbewerbs beschritten hat, noch weiter gegangen. In England ist ein Gesetz in Kraft, nach dem Experimente an lebenden Tieren nur mit Erlaubnis der Behörden vorgenommen werden dürfen. Alle diejenigen also, die sich in England an dem Wettbewerb für Tierquälerei beteiligen wollen, müssen hierfür beim Innenministerium einen Antrag stellen.

Bisher ist noch kein Antrag eingelaufen, dafür aber ein Brief, in dem der Innenminister über seine Stellung zu dem Wettbewerb befragt wird. Sir Herbert Samuel hat darauf wie folgt geantwortet:

„Sie schreiben mir über einen Vorschlag, daß die Fédération Dentaire Internationale zur Anregung zahnärztlicher Untersuchungen einen Wettbewerb machen würde, im Zusammenhang mit dem gewisse Experimente an Hunden vorgenommen werden würden.

Ich habe mich über diesen Vorschlag unterrichtet und bin zu dem Schluß gekommen, daß der vorgeschlagene Wettbewerb in mehr als einer Hinsicht zu ersten Einwürfen Anlaß gibt. Erstens ist die Methode der Veranstaltung eines Wettbewerbs unbefriedigend, da die in Frage stehende Untersuchung, angenommen, daß sie notwendig und durchführbar ist, hinreichend mit einem oder mit zwei Experimenten durchgeführt werden kann, die von Sachverständigen unternommen werden. Die gleichzeitige Durchführung von Experimenten in verschiedenen Orten von einer unbestimmten Anzahl von Personen würde die Qualen und vielleicht gar den Tod einer großen Zahl von Tieren zur Folge haben, ohne dadurch besondere Vorteile zu bieten.

Zweitens erfahre ich, daß viele Sachverständige ernste Zweifel hegen über den praktischen Wert der vorgeschlagenen Untersuchung und der Ansicht sind, daß es unmöglich ist, hinreichende Maßnahmen zur Verhinderung großer, langandauernder Qualen der Tiere zu treffen. Ich möchte hinzufügen, daß der Britische Zahnärzteverband sich gegen den vorgeschlagenen Wettbewerb ausgesprochen hat.

Wie Sie zweifellos wissen, habe ich keinen Einfluß auf die Anstellung dieser oder irgend welcher anderen Experimente außerhalb von Großbritannien, und ich kann nichts gegen die Einrichtung des Wettbewerbs unternehmen. Vorläufig ist bei mir kein Antrag auf Durchführung des Experiments eingelaufen. Ein allgemeiner Beschluß, zu dem ich in dieser Frage kommen sollte, muß natürlich angesichts der Tatsachen und Argumente zustande kommen, die mir zur Unterstützung jedes einzelnen Antrags (wenn welche gestellt werden) vorgelegt werden.

Aber so, wie ich die Sache jetzt sehe, bin ich der Ansicht, daß keine genügende Rechtfertigung besteht, um derartige Experimente hier zu erlauben, daß vielmehr die Erlaubnis im Widerspruch stehen würde zu der Absicht, die dem Gesetz zur Regulierung von Experimenten an lebenden Tieren zugrunde liegt.“

Hier wendet sich Samuel also entschieden gegen diejenigen, die meinen, die Tiere seien dazu da, um von den Menschen zu allen möglichen Spielereien mißbraucht zu werden. Die Begründung, die er für seine Ablehnung des Wettbewerbs angibt, zeigen, daß es nicht bloße Sentimentalität ist, die ihn zu dieser Haltung bewegt, nicht der bloße Gedanke, daß es schrecklich ist, mitanzusehen, wie Tiere leiden. Samuel erkennt hier ein Recht der Tiere an, wenn er auch in seinem Entschluß vielleicht nicht von der bewußten Erkenntnis eines solchen Rechtes geleitet wurde, sondern vielmehr von dem bloßen Rechtsgefühl.

Daß diese Erkenntnis, daß die Tiere Rechte haben, in England nicht ganz fremd ist, geht schon aus der Existenz des Gesetzes hervor, auf das sich Samuel bezieht. Dieses Gesetz verlangt, daß Versuche an lebenden Tieren nur vorgenommen werden dürfen, wenn hierfür eine hinreichende Rechtfertigung beigebracht werden kann. Ganz unabhängig davon, wie diese Bestimmung in der Praxis ausgelegt wird oder wie die Gesetzgeber sich ihre Auslegung gedacht haben, schließt dies Gesetz doch aus, daß die Menschen ein Recht haben, an dem Leben der Tiere Raubbau zu treiben und stellt die Tiere, wenigstens insofern, als sie für wissenschaftliche Experimente in Frage kommen, unter den Schutz des Staates.

Wo wendet der Innenminister, der im Falle des Wettbewerbs diese vom Staate übernommene Pflicht des Schutzes der Tiere erfüllt hat, das Gesetz an? Benutzt er die Macht, die ihm dieses Gesetz in die Hand gibt, dazu, die Zahl der an Tieren ausgeführten Experimente, die selber zumeist den Interessen der Menschen dienen sollen, auf das Mindestmaß zu beschränken?

Wenige Tage vor Veröffentlichung des Briefes über den Wettbewerb erschien der Bericht des britischen Innenministeriums über die Handhabung dieses Gesetzes. Aus dem Bericht geht hervor, daß im Jahre 1931

613 562 Experimente an lebenden Tieren

vorgenommen worden sind, das sind 162 740 mehr als in dem vorhergehenden Jahr. Nur in 25 129 Fällen wurden die Tiere während der Operation betäubt. In den übrigen Fällen mußten die Tiere also Experimente über sich ergehen lassen, während sie entweder gar nicht oder nur örtlich betäubt waren. Unter den Fällen, bei denen die Tiere völlig betäubt wurden, sind 9129, für die das Gesetz bestimmt, daß die Tiere auch nach der Operation noch in der Betäubung bleiben müssen, wenn zu erwarten ist, daß das Tier noch starke Schmerzen erleiden würde, nachdem die Betäubung vorbei ist, oder wenn es ernstlich verletzt worden ist, muß es vor Ende des Betäubungszustandes getötet werden.

129 000 Experimente sind für Regierungsanstalten vorgenommen worden. Die Zahl derer, die Experimente ausgeführt haben, ist 1535.

Wieviel Tiere bei dem Experiment umgekommen sind, geht aus dem Bericht nicht hervor. Es geht auch nicht aus ihm hervor, wieviele der Experimente zu medizinischen Zwecken ausgeführt worden sind, und wieviele zum Ausprobieren von Giftgasen für den nächsten Krieg gedient haben.

613 562 mal in einem Jahr und in einem Land sind Tiere als Objekte von Versuchen benutzt worden, die teilweise der Vervollkommnung der Wissenschaft, jedenfalls aber der Befriedigung irgend eines menschlichen Interesses gedient haben. Fast alle diejenigen, die ihr Leben lang dagegen kämpfen, daß eine Klasse von Menschen, die Arbeiter nämlich, gezwungen wird zu leiden, um einer anderen Klasse, den Kapitalisten, ein angenehmes Leben zu ermöglichen, betrachten eine andere Klassenscheidung als selbstverständlich. Sie lassen zu, daß eine Klasse von Lebewesen, die auch Interessen haben, nämlich die Tiere, von einer anderen Klasse von Lebewesen, den Menschen, ausgebeutet wird. Selbst wenn die Ausbeutung, um die es hier geht, der Verbesserung der Wissenschaft dienen soll, so ist das noch keineswegs eine Rechtfertigung dafür, daß gerade die Tiere als Versuchsobjekt herangezogen werden, die an sich nicht das geringste Interesse am Fortschritt der Wissenschaft haben.

Gerade für medizinische Forschungen sind Menschen meist weit bessere Forschungsobjekte, als Tiere, gerade weil sie wie Menschen auf den zu prüfenden Vorgang reagieren. Wenn man Menschen als Versuchsobjekt benutzen würde, so könnte man erstens Tausende von Experimenten sparen, die dazu dienen, festzustellen, wie ein Vorgang, der auf Menschen angewandt werden soll, auf Meerschweinchen und Mäuse wirkt; zweitens würde die Zahl der vorgenommenen Experimente zwangsweise auf die Zahl der Menschen beschränkt werden, die bereit sind, Experimente an sich vornehmen zu lassen. Natürlich würde es in einer Ausbeutergesellschaft dann dazu kommen, daß Menschen durch ihre wirtschaftliche Not gezwungen werden, sich für solche Versuche herzugeben. Aber daß sonst Menschen ausgebeutet werden würden, ist noch keine Rechtfertigung dafür, die Ausbeutung der Tiere zuzulassen, sondern nur dafür, sowohl gegen die eine, als auch gegen die andere Ausbeutungsart zu kämpfen.

Während die Berechtigung der Experimente, die dem Fortschritt der Heilwissenschaft dienen, mindestens sehr umstritten ist, kann man von den Experimenten, die dem Fortschritt der Kriegswissenschaft dienen — und die in England in großem Maße vorgenommen werden — von vornherein sagen, daß sie jeder Berechtigung entbehren. Während die Entwicklung der Wissenschaft ein an sich rechtliches Interesse der Menschen ist, dient die Erfindung wirksamer Giftgase dem Führen imperialistischer Kriege, also völlig widerrechtlichen Interessen. Die Widerrechtlichkeit von Versuchen dieser Art wird auch allgemein von Sozialisten anerkannt: allerdings nicht darum, weil die Tiere bei diesen Versuchen ungeheuren Qualen ausgesetzt werden, sondern weil die Versuche, wenn sie bei den Tieren gelungen sind, an Menschen vorgenommen werden sollen.

Das bedeutet noch nicht, daß ein wissenschaftlicher Versuch an Tieren unter allen Umständen zu verwerfen ist. Es bedeutet nur, daß die zynische Selbstverständlichkeit, mit der menschliche Interessen auf Kosten der Tiere befriedigt werden, nicht am Platze ist. Auch die Tiere haben Interessen gegenüber den Menschen zu vertreten, so sollte das für diese umso mehr Grund sein, die Interessen der Tiere zu schützen.

Wenn Sir Herbert Samuel sich zwar gegen die Verletzung des Rechtes der Tiere in dem Fall wendet, in dem diesem Recht nur das Interesse von Zahnärzten, eine goldene Medaille und 1000 Dollar zu gewinnen, gegenübersteht, während er die 613 562 Experimente zuließ, so liegt das wohl daran, daß er sich in dem besonders krassen Fall des Wettbewerbs von seinem bloßen Rechtsgefühl leiten ließ, diesem Rechtsgefühl aber da nicht mehr traut, wo dem Recht der Tiere Interessen gegenüberstehen, von denen er annimmt, daß sie berechtigt sind. In solchen Fällen reicht auch oft das Rechtsgefühl nicht mehr aus, um eine klare Entscheidung zu ermöglichen, sondern diese ist nur möglich auf Grund einer klaren Rechtswissenschaft, die den Maßstab für die Beurteilung liefert.

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Berlin: Montag, 10. Oktober, 20 Uhr, im Hackeschen Hof, Rosenthaler Str. 40/41 (Nähe Bahnhof Borsig). Thema: Die Kriegsgefahr wächst! Gegen den Rüstungswahnsinn.

Göttingen: Sonnabend, 8. Oktober, 20.15 Uhr, im kleinen Saal des Volkshauses. Thema: Kampf den faschistischen Baronen! Redner: Maria Hodann, Berlin.

Kassel: Freitag, 7. Oktober, 20.15 Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Spobrstraße. Thema: Volkrecht und Willkür der Barone. Redner: Maria Hodann (Berlin).

Freie Aussprache! Eintritt freil!

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl. Internationale Verlagsanstalt GmbH Berlin S 14, Inselstr. 8 a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Jantschewski, Buchdruckerei und Verlag GmbH, Berlin SO 36 Elisabether 28/29.

Der Kaiser ging — die Generäle blieben.

100) THEODOR PLIVIER.

Doncker spricht über den Krieg, über den Zusammenbruch der deutschen Machtpolitik und den gleichzeitigen Zusammenbruch der revisionistischen Richtung der Mehrheitssozialdemokratie. Aus Mangel eines Aktionsprogramms der Spartakusgruppe und um einen solchen nicht vorzugreifen, kann er sich nur in Allgemeinheiten bewegen. Er fordert auf, die begonnene halbe Revolution zu einer ganzen zu machen und weist auf das große Beispiel Rußlands hin. Die an Versammlungen nicht gewöhnten und zufällig zusammengekommenen Zuhörer machen keine Zwischenrufe und äußern sich kaum, aber sie hören aufmerksam zu.

Und draußen fließt der Strom weiter. Noch immer quellen Menschen aus den Vorstädten und Arbeiterquartieren in die innere Stadt. In der Friedrichstraße, Unter den Linden, auf dem Platz vor dem Brandenburger Tor brennen die blauflimmernden elektrischen Bogenlampen wieder.

Der Krieg ist aus!
Das Kaiserreich ist gestürzt!
Deutschland ist Republik!
Die Berliner Bevölkerung marschiert. Wer ein Gewehr tragen kann und eine Handgranate abzuwerfen versteht, reißt sich in die geschlossenen Kolonnen ein oder fährt auf den vor Waffen starrenden Lastwagen im Strome mit. Ein Trupp Arbeiter geleitet die Mannschaften einer Polizeiwache, die sich allein nicht auf die Straße wagten, durch die Menschenmengen ungefährdet nach Hause. Nur dem Polizeihauptmann legt sich eine Hand auf die Schulter, und ein Arbeiter sagt gutmütig: „So, jetzt kommen wir dran!“ Ein französischer Kriegsgefangener mit einem umgehängten Karabiner marschiert in gleichem Schritt mit einer Abteilung Feldgrauer durch die Straßen.

„Hoch die Internationale!“
„Vive la révolution mondiale!“
„Arbeiter und Soldaten...“ beginnt einer eine Rede.
„Hoch, hoch...“ erwidert die vorbeiflanierende Menge.
Ein altes Mütterchen steht in einem Winkel der nassen Straße mit einem Militärmantel überm Arm und wiederholt fassungslos dieselben Sätze: „Mir hat einer 'n Mantel geschenkt, mir hat einer 'n Mantel geschenkt...“

Von einem dichtbesetzten Lastwagen flattert ein Wirbel von Flugblättern auf die Köpfe nieder. Erlasse des Reichskanzlers Ebert, mittags herausgegeben, abends schon überholt:

„An alle deutschen Bürger!“ „An alle Behörden und Beamten!“ Ein Aufruf „Es wird nicht geschossen!“ ist unterzeichnet: „Sozialdemokratischer Arbeiter- und Soldatenrat“.

Und vorn auf dem Wagenverdeck hat man ein lebendes Bild aufgestellt, einen Arbeiter und einen Soldaten, die sich brüderlich die Hand reichen. Auch auf der entgegengesetzten Straßenseite bewegt sich ein Flugblätter spielender Wagen mit der gleichen Verbrüderungsszene auf dem Verdeck. Die SPD hat alle Wagen des Militärfuhrparks und alle Privatwagen, deren sie habhaft werden konnte, für diesen Zweck gechartert.

Vom Lehrter Bahnhof her ist ein Mann mit einem Handkoffer unterwegs zum Reichstag, — der Führer der Unabhängigen, Hugo Haase. In Rathenow, wo sein Zug liegen blieb, hatte er zum erstenmal von der Berliner Revolution gehört. In einer Kneipe wurde erzählt, daß der Sozialdemokrat Wels an der Spitze der Gardejäger durch die Straßen gezogen ist. Vor wenigen Minuten ist Haase in einem mit Matrosen und heimkehrenden Feldgrauen vollgepackten Zug angekommen. Die durch die Dunkelheit wogenden Massen erinnern ihn an die mit Matrosen angefüllten Straßen in Kiel, an den Aufmarsch der Arbeiter in Hamburg.

Der geistreiche Verkünder und Interpret der nahenden Revolution ist in Kiel zu spät angekommen, hat Hamburg

erreicht, nachdem die Würfel gefallen waren, trifft in Berlin am Abend des 9. November ein, an dem die Mehrheitssozialdemokratie einen halben Tag Vorsprung hat und mit viel Geschick dabei ist, die größte Hoffnung der Unabhängigen, die Proletarier im Soldatenrock, auf ihre Seite zu ziehen.

Haase sucht auf den vorbeigetragenen Plakaten nach einer siegreichen Parole seiner Partei. Er bückt sich nach einem Blatt Papier und entziffert es unter einer Laterne, ein Extrablatt des „Vorwärts“, in dem zum Generalstreik aufgerufen und mitgeteilt wird, daß „die Bewegung gemeinsam von Sozialdemokraten und Unabhängigen geleitet“ werde. Haase weiß nicht, daß dieses Flugblatt erst herausgegeben wurde, nachdem der Streik gegen den Willen der SPD ausgebrochen und schon siegreich durchgeführt war, und weiß nicht, daß die „gemeinsame Leitung der Bewegung“ nicht den Tatsachen entspricht und lediglich den Wunsch der Sozialdemokratie zum Ausdruck bringt, sich nachträglich in die Bewegung einzuschmuggeln.

Haase drängt sich durch die das Reichstagsgebäude umlagernde Menge, steigt mit seinem Koffer in der Hand müde die Treppen zum Obergeschoß hoch und tritt das Zimmer 18, in dem seine Fraktionsgenossen sitzen und seit drei Tagen auf ihn warten.

Ebert ist aus dem Bibliothekszimmer der Reichskanzlei in das Kanzlerzimmer übersiedelt, auf den Platz, den am Morgen noch Prinz Max von Baden, den der Reihe nach die kaiserlichen Kanzler Bethmann, Bülow, Caprivi, den vor dreißig Jahren Bismarck eingenommen hat. Ebert erhebt sich nicht mehr; er hat einen schweren Arbeitstag hinter sich und läßt die Kette von Besuchern, die noch immer nicht abreißen will, sitzend an sich vorbei passieren: Unterstaatssekretär Haußmann, ein konservativer Abgeordneter mit drei Vertretern der Presse, Dr. Landsberg, Otto Wels, der aus Kiel zurückgekehrte Hermann Müller, der dem Kriegsminister beigeordnete Genosse Göhre.

(Fortsetzung folgt.)

Arbeitsdienstlager der Arbeiterschaft.

Eine wichtige Rundfrage.

Durch die Gründung des „Sozialen Dienstes“, des unter Führung der freien Gewerkschaften stehenden Zusammenschlusses verschiedener Spitzenorganisationen der Arbeiterschaft zur Bearbeitung der Arbeitsdienst-Fragen und zur etwaigen Gründung von Arbeitslagern, taucht immer wieder die Frage auf, ob es richtig ist, daß die Gewerkschaften und andere Arbeiter-Organisationen von sich aus freiwilligen Arbeitsdienst durchzuführen.

Um Mißverständnisse zu vermeiden, betonen wir, daß wir hierbei nicht an die Frage denken, wie die Arbeiterschaft sich zur Arbeitsdienst-Pflicht stellen soll. Die Antwort auf diese Frage dürfte jedem klar sein. Wir denken auch nicht an die Frage, ob man die Schaffung des freiwilligen Arbeitsdienstes im allgemeinen begrüßen soll.

Besonders wichtig erscheint uns vielmehr im Augenblick die Frage, ob Arbeiter-Organisationen im Rahmen der nun einmal bestehenden „Verordnung über den freiwilligen Arbeitsdienst“ von sich aus für die ihr nahestehende Jugend freiwilligen Arbeitsdienst durchführen soll. Zumal man hierauf die verschiedenartigsten Antworten hört, scheint uns diese Frage wichtig genug zu sein, unsere Leser zu bitten, uns einmal ihre begründete Ansicht hierzu zu schreiben, damit wir im „Funken“ eine sachliche Diskussion hierüber eröffnen können. Wir selbst werden dann in einem abschließenden Aufsatz Stellung nehmen.

Zur Erleichterung der Stellungnahme geben wir hier nochmals die wichtigsten Bestimmungen wieder, die den Rahmen für die Einrichtung der Arbeits-Lager ziehen:

Artikel 2.

1. Die Arbeiten des freiwilligen Arbeitsdienstes müssen gemeinnützig und zugleich zusätzlich sein. Der Arbeitsdienst darf nicht zu einer Verringerung der Arbeitsgelegenheit auf dem freien Arbeitsmarkt führen; er muß sich auf Arbeiten erstrecken, die weder jetzt noch auf absehbare Zeit ohne Einsatz des freiwilligen Arbeitsdienstes vorgenommen werden können.

2. Der freiwillige Arbeitsdienst dient der Gesamtheit; er darf nicht für politische oder staatsfeindliche Zwecke mißbraucht werden.

Artikel 7.

1. Für die Leitung des freiwilligen Arbeitsdienstes stellt die Reichsregierung auf Vorschlag des Reichsarbeitsministers einen Reichskommissar. Dieser untersteht dem Reichsarbeitsminister.

Außerdem stellen wir hier bereits die wichtigsten Argumente für und wider die Einrichtung von freiwilligen Arbeits-Lagern durch Arbeiter-Organisationen zusammen. Es liegt uns hauptsächlich daran, noch neue Begründungen zu erhalten.

Gegen:

1. Die Durchführung eigener Arbeits-Lager hemmt die Stoßkraft der Arbeit gegen die Arbeitsdienst-Pflicht.

2. Der freiwillige Arbeitsdienst soll nur ein Uebergang zur Dienst-Pflicht sein. Wir dürfen deshalb diese Arbeit nicht unterstützen.

3. Wenn wir eigene Arbeits-Lager einrichten, können wir uns nicht gegen die Einrichtung nationalistischer Lager wenden.

4. Es läßt sich schwer sagen, was wirklich zusätzliche Arbeit ist. Deshalb besteht die Gefahr, daß notwendige Arbeiten dem Arbeitsdienst übertragen werden.

5. Die Arbeiter-Organisationen werden gehindert werden, die Arbeits-Lager in ihrem Sinne zu gestalten.

Für:

1. Wenn wir keine eigenen Lager einrichten, laufen unsere Jugendlichen aus Abenteuerlust und materieller Not in die nationalistischen Lager. Das geschieht bereits in starkem Maße.

2. Auch wir müssen zur Linderung der seelischen Not der jugendlichen Arbeitslosen beitragen. Dazu helfen auch die Arbeits-Lager.

3. Wir können die Arbeits-Lager zur Propaganda und Schulung und Erziehung in unserem Sinne ausnutzen.

4. Wir können durch die Arbeits-Lager mit staatlichen Mitteln nützliche Einrichtungen für uns (Arbeiter-Sportplätze u. s. w.) schaffen.

Wir bitten nun unsere Leser, sich rege an der hiermit angeregten Diskussion zu beteiligen, und uns möglichst bald ihre Stellungnahme zu schreiben.

Nicht nur die Arbeiter protestieren gegen diese Maßnahme, die im vorigen Jahr von der nationalen Regierung eingeführt worden ist. Auch die Gemeinderäte, die für die Ausführung der Bedürftigkeitsprüfung verantwortlich sind, wehren sich in vielen Fällen dagegen. Wenn sie sich an die Richtlinien des Arbeitsministeriums halten, müssen sie die Erwerbslosen so behandeln, wie man im allgemeinen gegen Personen vorgeht, die Unterstützung im Armenhaus beantragen; und die werden sehr übel behandelt. Wenn sich die Ortsbehörden weigern, nach diesen Richtlinien zu verfahren, erhalten sie Drohbriefe vom Arbeitsminister, er werde die Gemeinderäte — nach bewährtem Paponschen Rezept — durch einen Regierungskommissar ersetzen. In Rotherham ist das auch schon geschehen. Allerdings handelte es sich da um einen Gemeinderat, in dem die Labour Party die Mehrheit hatte, und der, nach einem ergebnislosen Versuch, die Bedürftigkeitsprüfung auf einigermaßen anständige Art anzuwenden, selber den Arbeitsminister aufforderte, sein Amt einem Kommissar zu übergeben. — Ob eine sozialistische Gemeindevertretung die gemeinsam mit den Gewerkschaften vorgehen kann, wohl keine besseren Methoden der Bekämpfung eines reaktionäres Gesetzes zur Verfügung hat?

Bierkrieg zwischen Thüringen und Bayern. Deutsches Bier und deutsches Land.

H. Lt. Mehrere bayerische Grenzbrauereien liefern schon viele Jahre lang ihr Bier in thüringische Orte, und zwar zu niedrigeren Preisen als die thüringischen Brauereien. Das wollen sich die thüringischen Brauereien nicht mehr gefallen lassen. Sie pfeifen auf die deutsche Volks-„Gemeinschaft“ und haben vor einiger Zeit in Erfurt einmütig beschlossen: Wir geben keinerlei Aufträge mehr an bayerische Unternehmer, solange, bis die bayerischen Brauereien aufgehört haben, unsere Preise zu unterbieten. Eine Reihe bayerischer Betriebe ist von den Wirkungen dieses Beschlusses empfindlich getroffen worden, vor allem die bayerischen Maschinen- und Fabrikanten und der bayerische Hopfenhandel. Nunmehr will sich der „Bayerische Brauerbund“ mit der „Interessenvereinigung der Thüringer Brauereien und Mälzereien“ verständigen. Es ist aber noch die Frage, ob es diesen beiden Organisationen gelingen wird, die Außenseiter, die sich an den Preisunterbietungen beteiligt haben, zu einer Heraussetzung der Bierpreise zu zwingen. Wenn es sich hier nicht um das Alkohol-Gift handelte, könnten wir die widerständigen Außenseiter loben!

Vernichtung von Preistafeln als Weg zur Preissteigerung.

In einer Versammlung von über 5000 Landwirten aus allen Teilen Frankreichs wurde eine Resolution angenommen, in der die Bauern zum Steuerstreik aufgefordert wurden, bis der Getreidepreis auf eine „normale“ Höhe gestiegen sei. 800 Teilnehmer der Versammlung marschierten in geschlossenem Zuge zur Getreidebörse und zerrissen dort die amtlichen Preistafeln für landwirtschaftliche Erzeugnisse. Es kam zu einem Zusammenstoß mit der Polizei, die das Gebäude räumte.

Die „ideellen“ Ansprüche des Fürsten.

Der Fürst von Stolberg-Roßla hatte das Aufsichtsrecht über „seine“ Schulen. Da der Fürst auf dieses Recht nicht verzichten wollte, hat der Regierungspräsident von Merseburg ihm eine größere Abfindungssumme hierfür angeboten. Die Einigungs-Verhandlungen sollen nach diesem Angebot günstig stehen. Wir wissen also jetzt, worauf es dem Fürsten ankam.

Von der Streik-Front. Weitere Streik-Siege.

Auch heute liegen wieder zahlreiche Meldungen über erfolgreiche Abwehr des Lohnraubes vor. Wir nennen hier nur die Belegschaften der Firmen Rosbach & Krake in Oelsnitz i. V., Kirhhainer Loh- und Lederfärberei, Fr. W. Heinze, W. Heinze & Michelsohn, Ascher, Tuchfabriken in Spremberg, Baufirma Scholz, Spremberg, und die Belegschaft der Straßenbahn Herne-Castrop.

Einen gewissen Erfolg erzielte auch zunächst die Belegschaft des Alexander-Werkes in Remscheid. Die Klage des Arbeitgebers gegen den Betriebsrat wurde vom Arbeitsgericht, wenn auch aus einem formellen Grund, abgewiesen.

In der Klage des Düsseldorfer Industrieverbandes gegen die Streikenden hat das Schiedsamt zwar entschieden, daß der Streik einen Verstoß gegen die Tarifbestimmungen darstelle. Der von der Firma gestellte Anspruch auf Schadenersatz wurde jedoch abgelehnt. Die Firma erklärte sich im übrigen bereit, zur Beilegung des Konfliktes mit den Streikenden in Verhandlungen zu treten, sodaß auch hier wenigstens mit einer teilweisen Abwehr der Abbaupläne zu rechnen ist.

Weitere Verbreitung der Streikfront.

Die Belegschaften der Firmen Rosenberger, Textilbetriebe in Reichenbach i. Schl., Armaturenfabrik Warmb, Waldenburg i. Schl., Vereinigte Bleicherde-Fabriken A.-G., Schönebeck bei Magdeburg, und die Schneider in Konstanz traten neuerdings in den Streik.

Nachdem der bayerische Baugewerbeverband eine einstweilige Verfügung gegen die Gewerkschaften wegen des Streiks bei einigen Münchener Baufirmen erwirkt hat, wird jetzt mit der einzig richtigen Antwort der Bauarbeiter gerechnet, einem

allgemeinen Solidaritätsstreik im Münchener Baugewerbe.

Im schlesischen Weberstreik gelang es den Arbeitgebern nicht, trotz Ankündigung hinreichenden Schutzes für die Arbeitswilligen, eine Bresche in die Streikfront zu schlagen.

Zum Leipziger Buchbinderstreik beschloß der Hauptvorstand des „Verbandes deutscher Buchbinderbesitzer“, die Abstimmung über die Aussperrung in den Kreisen einzuleiten, in denen sie noch nicht durchgeführt ist.

Hochseefischer-Streik siegreich beendet.

Die Parteien einigten sich darauf, daß der Lohnvertrag bis zum 31. Dezember 1932 und der Mantel-Tarifvertrag bis zum 31. Januar 1933 verlängert wird. Auch in diesem Falle ist es also den Streikenden dank ihrer Festigkeit gelungen, die geplante Verschlechterung zunächst abzuwehren. — Die Löscharbeiter im Altonaer Fischereihafen haben bereits die Arbeit wieder aufgenommen.

Die Schlichterbesprechung beim Reichsarbeitsminister.

Dem Reichsarbeitsminister berichteten am Mittwoch die Schlichter über ihre Erfahrungen bei der Durchführung der Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit. Die allgemeine Meinung war, daß die stellenweise sich ergebenden Schwierigkeiten keinen Anlaß geben, an der Verordnung oder an den Weisungen, die bisher den Schlichtern erteilt worden sind, etwas zu ändern.

Eine kommunistische Versammlung in Dresden wurde am Dienstag aufgelöst, weil Parteigegner den Versuch gemacht hatten, die Versammlung zu sprengen. Einige Personen erlitten Verletzungen.

Kommunistische Massenverhaftungen.

In der Nähe von Stuttgart wurden am Mittwoch im Waldheim Sillenbuch 41 Kommunisten, Teilnehmer eines Kurses, unter dem Verdacht des Hochverrats verhaftet.

Protest gegen Bedürftigkeitsprüfung Sogar die Gemeinderäte protestieren.

In London fand wieder eine große Erwerbslosendemonstration gegen die Bedürftigkeitsprüfung statt. Die Arbeitslosen, die vor dem Rathaus von Westham aufmarschierten wollten, zertrümmerten auf dem Wege eine große Anzahl von Schaufensterscheiben und empfingen die Polizei, die gegen sie eingesetzt wurde, mit Ziegelsteinen und anderen Wurfgeschossen.

Ähnliche Demonstrationen fanden in Belfast und North Shields statt, bei denen es auch zu Schlägereien zwischen Erwerbslosen und Polizisten kam. In Liverpool entstanden im Sitzungssaal des Stadtrats Unruhen; auf Grund derer die Galerie geräumt wurde. Bei der Aussprache über die Arbeitslosenunterstützung gaben die Abgeordneten der Labour Party ihren Protest dadurch Ausdruck, daß sie die „Internationale“ anstimmten. Die Konservativen fielen daraufhin mit der englischen Nationalhymne in den Chor ein.

Derartige Berichte treffen seit einiger Zeit immer häufiger aus England ein und sie zeigen die Entrüstung der Arbeitslosen über die entwürdigende Bedürftigkeitsprüfung, die zur Bedingung gemacht wird für den Bezug der Krisenunterstützung.

Groß-Haushaltungen, Gemeinschaften, Landheime, Ferien-Lager, Schulen u. s. w. erhalten

Reform-Nahrungsmittel zu Ausnahmepreisen

Bitte, Sonder-Liste anfordern!

FRISCHKOST-REFORMHAUS

Magdeburg

O. v. Guerickestraße 104

Reparaturen von elektrischen Bügeleisen, Klingelanlagen usw. Spezialität:

Anfertigung mod. Tisch- u. Nachttischlampen

G. Funke

Elektrotechniker

GOTTINGEN / Judenstraße 8, III

Warum werfen Sie Ihr Geld weg

für minderwertige Konfektionskleidung? Sie erhalten bei mir z. B. eine Kniebockerhose nach Ihren Maßen und genauesten Wünschen, von besserem Stoff und besser verarbeitet, für fast dasselbe Geld.

Rudolf Schönheit

Herrn- und Damen-Maßschneiderei Magdeburg, jetzt Johannisbergstr. 10 III

BERLIN

KAMERA

Unter den Linden 14 - A1 Jäger 2987

6. Oktober: Der Tugendkönig

Ab 7. Oktober: Alexander Neleski in seinem einzigen Tonfilm:

DIE KÖNIGSLOGE

mit Camilla Horn

Dazu das gute Beiprogramm

Jugendliche haben Zutritt

Anfangszeit: 17, 19 und 21 Uhr.

Freunde und Leser des „Funken“!

Unterstützt Eure Zeitung!

Werbt Abonnenten

Sammelt Anzeigen

Sorgt bei Einhalten

immer

Interessen

„Die Demokratie ist nicht die große Arena, aus der der Tüchtigste als Sieger hervorgeht. Sie ist die Narrenbühne, auf der der pfiffigste oder bestbezahlte Schwätzer dem vornehmen und nur auf seine gute Sache bauenden Charakter den Rang ablauft.“

Die Ereignisse der letzten Tage bewahren die Richtigkeit dieses von LEONARD NELSON bereits 1919 über die Demokratie gefällten Urteils. Wenige wagen es angesichts der Ereignisse der vergangenen Tage die Demokratie vorbehaltlos zu verteidigen. Doch was soll an ihre Stelle gesetzt werden? Wer sich mit der Demokratie auseinandersetzen will, der lese:

Demokratie und Führerschaft. Von Leonard Nelson.

3. Aufl. 1932. 176 Seit. Broschiert 2,40 M. Ganzleinen 3,40 M.

Aus dem Inhalt:

Demokratie und Führerschaft. Refe. Diktatur, Parlamentarismus oder Wirtschafts-demokratie? Die Demokratie als Risiko der freien Diskussion nach Patelev. Demokratie als Überwindung der Theokratie nach Masaryk. Demokratie und Faschismus nach Nitti. Ein Kulturdokument. Partei-Demokratie. Das Ende der Demokratie. Diskussionsreden über Demokratie und Naturrecht.

Die Narrenbühne. Erziehung zur Demokratie. Das Urteil der Staatsmänner. Demokratie als Risiko der freien Diskussion nach Patelev. Demokratie als Überwindung der Theokratie nach Masaryk. Demokratie und Faschismus nach Nitti. Ein Kulturdokument. Partei-Demokratie. Das Ende der Demokratie. Diskussionsreden über Demokratie und Naturrecht.

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Postcheckkonto Berlin 313 42.

A. JANISZEWSKI

BUCHDRUCKEREI UND VERLAG/GMBH



druckt

Flugblätter, Zeitungen, Zeitschriften und jede Art Geschäftsdrucksachen

Berlin SO 36, Elisabethufer 24-25

Telefon: Sammetr. P 1 Moritzplatz 5471

Berliner Kommunisten-Prozeß.

Ein unbelehrbarer Staatsanwalt.

F. D. Wir berichteten bereits gestern über die sensationelle Wendung im Berliner Kommunisten-Prozeß. Wir lassen heute einen Bericht über die Mittwoch-Verhandlung folgen.

Der Schieß Sachverständige Prof. Brünig wurde noch einmal über das Ergebnis seiner Untersuchungen befragt. Er hat inzwischen eindeutig festgestellt, daß das Geschöß aus dem Körper des erschossenen Gatschko und das Geschöß, das in dem Bierlokal „Zur Glocke“ gefunden worden ist, aus derselben Waffe abgeschossen sein müssen. Diese Waffe hatte einen sonst bei Mauserpistolen nicht üblichen Drallwinkel von 7 Grad. Eine bestimmte Firma in Baden stellt allein diese Pistolen her. Patronenhülsen dieser Pistole sind auf der Straßenseite des SA-Lokals gefunden worden. Der Sachverständige hat die Häuserfronten sorgfältig abgesucht nach Schieß-Spuren. Nur an den Häusern Nr. 1 bis 3 an der Ecke Röntgenstraße, von der die Kommunisten hergekommen sind, hat er Einschläge feststellen können, dagegen keine an der gegenüberliegenden Straßenseite. Aus diesem ganzen Befund geht hervor, daß die Kommunisten mit derselben Waffe beschossen worden sind, mit der Gatschko getötet wurde. Auf Befragen erklärt der Sachverständige weiter, daß es vollkommen ausgeschlossen sei, aus einer größeren Entfernung als etwa 3 Meter die Rauchentwicklung eines Pistolenschusses zu sehen, und er hält es für außerordentlich schwierig, mit dem Gehör die Schußrichtung feststellen zu können. Diese Feststellung erschüttert die bestimmte Behauptung des Nazi-Pfarrers Hoff, er habe die Rauchwolken der Schüsse der Kommunisten gesehen und mit dem Gehör festgestellt, daß von den Kommunisten nach dem SA-Lokal herübergeschossen worden sei und nicht umgekehrt.

Nach diesen für die Anklage vernichtenden Feststellungen regt der Vorsitzende unter allgemeiner Bewegung im Saale an, der Frage der Haftentlassung näher zu treten. Die Beschlußfassung über einen entsprechenden Antrag der Verteidigung wird zunächst ausgesetzt, um die Verhandlung nicht zu unterbrechen. Das Gericht gibt dann nach der Mittagspause den schon mitgeteilten Beschluß bekannt.

Es folgt die Vernehmung einer Anzahl von Zeugen, deren Vernehmung zunächst ausgesetzt war. Ein großer Teil der Nazi-Zeugen wird wegen des Verdachts des Raufhandels nicht verurteilt, darunter auch der verwundete Kwiatkowski, der die beiden Angeklagten Schall und Heine mit Bestimmtheit als Schützen bezeichnet hatte! Dagegen werden die beiden Zeugen Kubschik und Hamm verurteilt.

Das Plädoyer des Staatsanwalts

beginnt mit der naiven Feststellung, daß der ursprünglich vollkommen klare Sachverhalt durch die Art der Behandlung in der Öffentlichkeit und durch die der Verteidigung verdunkelt worden sei. Für ihn besteht deshalb nach wie vor der „vollkommen klare“ Sachverhalt, daß die Kommunisten geschossen haben und daß auch von ihnen der Angriff ausgegangen ist. Er schließt aus der Tatsache, daß die Kommunisten ihre Heimkehr organisiert und sich durch Radfahrer gesichert haben, daß sie planmäßig einen Überfall vorbereitet haben; denn das Verhalten des Sturms 33 sei im heutigen politischen Leben so üblich, daß man dies noch nicht zum Anlaß nehmen könne, sich planmäßig gegen einen Überfall zu sichern. Kein Wunder, daß der Staatsanwalt die hysterische Frau Gericke als „durchaus glaubhaft“ bezeichnet (sie hatte zwei vollkommen Unbeteiligte verhaften lassen und nachher vor Gericht zwei der Angeklagten als die bezeichnet, die auf ihre Veranlassung verhaftet worden seien). Weitere für den Staatsanwalt glaubwürdige Zeugen sind Holmann (wegen schweren Raubes vorbestraft) und Dobileczek (von Frau Engelhardt bestimmt als einer der Schützen bezeichnet). Diese beiden und Frau Gericke haben ausgesagt, und zwar übereinstimmend, wie der Staatsanwalt feststellt, daß von Frauen unter die Kommunisten Waffen verteilt worden seien. Die merkwürdige Tatsache, daß bei keinem der Kommunisten eine Waffe gefunden worden ist, erklärt er einfach damit, daß sie eben nachher von den Frauen wieder eingesammelt worden seien. Auch der Pfarrer Hoff ist für ihn, obwohl Nationalsozialist und trotz der Bekundung des Schieß-Sachverständigen, ein vollwertiger Zeuge. Diese Beispiele mögen genügen, um die Unerschütterbarkeit (um nichts Deutlicheres zu sagen!) dieses Staatsanwalts zu zeigen.

Die exorbitanten Strafanträge des Staatsanwalts, die keinerlei Eindruck mehr machten, haben wir bereits mitgeteilt.

Nach dem Plädoyer des Staatsanwalts gab das Gericht seinen Beschluß bekannt, die Haftbefehle gegen sämtliche Angeklagte aufzuheben.

Der Eieranz, der darauf von dem Nazi-Anwalt Ohland in seinem Plädoyer aufgeführt wurde, lohnt nicht, eingehender gewürdigt zu werden. Er wurde von niemanden ernst genommen. Selbst am Richtertisch konnte man sich gelegentlich ein Lächeln nicht verkneifen. Einige Blüten aus dem Plädoyer will ich anführen: Um die Nationalsozialisten zu belasten, haben „die Kommunisten auf teuflische Art die Schieß-

Ich schieß' den Hirsch!

Die alten und die neuen Herren.

Die „Vossische Zeitung“ veröffentlicht folgenden Brief des Landtagspräsidenten Kerrl vom 4. Oktober an den preussischen Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium: „Zufolge Ihrer freundlichen Anweisung ist meinem Freunde, dem Reichstagspräsidenten Göring, ein Hirsch in der Oberförsterei Neu-Glienicke zugewiesen worden. Herr Göring hat auf telefonische Anfrage festgestellt, daß der Oberförster selbst etwa 14 Tage brauchte, um einen recht dünnen Hirsch zu schießen. Der zweite Forstbeamte soll noch immer vergeblich auf ein ähnliches Getier warten. Nun ist Herr Göring, der im übrigen gehört hat, daß Herrn Otto Braun in der Romintener Heide ein Hirsch zugewiesen ist, politisch zu sehr beansprucht, um 14 Tage auf Anstand zu sitzen, und dann doch keinen Hirsch zu schießen. Er hat deshalb, und weil er die gewiß nicht unberechtigte Hoffnung hat, daß nächstes Jahr wir selbst die Hirsche in der Schorfheide verteilen werden, darauf verzichtet, von der Zuweisung Gebrauch zu machen, damit nächstes Jahr auch für andere ein Hirsch übrig bleibt. Ich danke Ihnen für Ihre liebenswürdigen Bemühungen. Mit vorzüglicher Hochachtung: gez.: Kerrl.“

Die Echtheit des Briefes wird bestätigt. An zuständiger preussischer Stelle wird ferner bestätigt, daß der Reichstagspräsident Göring unlängst an das preussische Landwirtschaftsministerium den Wunsch habe gelangen lassen, einen Hirsch zu schießen, und diesem Wunsche sei Rechnung getragen worden.

Wozu die Herren Zeit haben! Die gleich die preussischen Hirsche unter einander verteilen. Vor allem Otto Braun, der unserer Meinung nach was anderes tun könnte, als mit den Herren des alten Regimes, das jetzt wieder das neue ist, Hirsche zu jagen. Gerade wo die Partei Otto Brauns und er selber so fürchterlich viele Böcke geschossen haben, brauchten sie auf Hirsche nicht, besonders versessen zu sein — ganz abgesehen davon, daß es eine Schande ist, so edle Tiere wie Hirsche zu ermorden, um einige überflüssige Triebe abzureagieren.

„Angriff“-Redakteure zu Gefängnis verurteilt.

In einem Prozeß gegen die „Angriff“-Redakteure Dr. Lippert und Krause wegen Beleidigung des ehemaligen Polizeivizepräsidenten Dr. Weiß und des ehemaligen Polizeipräsidenten Grzesinski verurteilte die 5. Große Strafkammer beim Landgericht I Dr. Lippert wegen übler Nachrede und Beleidigung auf Grund der strafverschärfenden Ehrenschutzbestimmungen der Verordnung des Reichspräsidenten vom 8. Dezember 1931 zu drei Monaten Gefängnis und den Redakteur Krause zu fünf Monaten Gefängnis. Den Beleidigten: Dr. Weiß und Grzesinski, wurde die Publikationsbefugnis des Urteils im „Angriff“ sowie vier weiteren Berliner Tageszeitungen zugesprochen.

Damit ist ein übler Prozeß zu Ende gegangen. Er hat gezeigt, daß die Nazis mit Beleidigungen nicht sparen. Er hat aber auch gezeigt, wie vorsichtig und zurückhaltend

spuren am Hause Röntgenstraße 1 und 2 angebracht“. „Daß der Angeklagte Schall einer der Schützen ist, wird durch sein Vorleben aufschärfste bestätigt.“ Bei den Kommunisten sind zwar keine Waffen direkt gesehen worden, aber es ist gesehen worden, daß sie geschossen haben, also müssen sie auch Waffen gehabt haben. Gegen Schall und Heine beantragte er Todesstrafe (Heine ist minderjährig!) und gegen die übrigen Zuchthausstrafen von 15 und 10 Jahren.

Unter Ausschluß der Öffentlichkeit.

Wegen Verrats militärischer Geheimnisse hat der fünfte Strafsenat des Reichsgerichts den kaufmännischen Angestellten Zebulke aus Hindenburg zu vier Jahren Zuchthaus und zu fünf Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt. Die Verhandlung und die Begründung des Urteils wurde unter Ausschluß der Öffentlichkeit durchgeführt.

republikanische Beamte sein müssen, damit auch der Anschein einer Berechtigung, ihnen Vorwürfe über ihren Lebenswandel zu machen, verschwindet.

Uns scheint nicht, daß insbesondere Herr Weiß dies immer getan hat.

Das Gericht stellte fest, daß den „Angriff“-Redakteuren in keinem Punkt der Wahrheitsbeweis gelungen sei. Es entspreche nicht den Tatsachen, daß Dr. Weiß seinem Freunde, Generalkonsul Krojanker, unrechtmäßiger Weise zu einer Baukonzession verholten habe. Was den Vorwurf angehe, daß Dr. Weiß Mitglied von verschiedenen Berliner Spielklubs gewesen sei, so müsse festgestellt werden, daß Dr. Weiß bis zum Jahre 1925 Mitglied des Spielklubs „Theaterklub“ gewesen sei, dann aber in dem Moment ausgetreten wäre, in dem er Leiter der Abteilung 4 im Polizeipräsidium geworden sei.

Nazis gegen „Stahlhelm“ und Deutschnationale.

Am Montagabend wurde in Braunschweig ein Fackelzug des „Stahlhelms“ — wie eine Erklärung dessen Gauleitung sagt — „von Gewalthaufen der SA überfallen, wobei diese Truppe, die sich nationalsozialistisch nennt, nicht davor zurückschreckte, auf „Stahlhelm“ und Polizei zu schießen“. Nur der unerschütterlichen Disziplin der „Stahlhelmkameraden“ und dem opfermutigen Vorgehen der Polizei sei es zu danken, daß es nicht zu Todesfällen und Verwundungen gekommen ist.

Es vergeht kein Tag, der nicht eine Anzahl Meldungen über planmäßige Störungen deutschnationaler Versammlungen durch SA-Banden bringt. In Berlin mußte die Polizei am Mittwoch in zwei Fällen einschreiten und nationalsozialistische Störer gewaltsam entfernen. Uns kann es nur recht sein, wenn die Harzburger Brüder aneinander geraten. In der Presse der Harzburger Front war noch vor kurzem bei politischen Zusammenstößen gern die Rede von der Schuld, die „Rotmord“ oder „marxistisches Mordgesindel“ an den Gewaltakten und Überfällen trug. Wie ist das jetzt?

Große Erfolge werden die Nazis in ihrem Kampf gegen Hugenberg wohl nicht mehr erzielen. Der Scherl-Verlag teilt in einer Broschüre mit, daß der Boykottfeldzug, den Herr Gobeletts gegen die „sogenannte bürgerlich-nationale Presse“ eröffnet hat, 555 Abbestellungen zur Folge gehabt habe, denen aber zu gleicher Zeit 5506 Zugänge an Lesern gegenüber stehen.

Der richtige Mann an der richtigen Stelle

Hitlers Portier.

In einer Gerichtsverhandlung gegen den Portier des Braunen Hauses in München wegen eines Überfalls auf einen Arbeiter, wurde ein Vorstrafenregister dieses Vertrauensmanns Hitlers mit

elf Vorstrafen wegen Rohheitsdelikte festgestellt. Sage mir, mit wem du umgehst. — —!

Eine neue Taktik der Nazis?

Am Dienstag wurden drei Angehörige des Reichsbanners in Breslau auf der Graupenstraße von mehreren Personen unter den Rufen „Freiheit“ angefallen. Der Reichsbannermann Stock erhielt mehrere Messerstiche in den Rücken. Die Täter konnten nicht ermittelt werden.

Mehrere Stunden später wurde der Schmied Goretzki durch mehrere Messerstiche schwer verletzt in das Krankenhaus eingeliefert. Er war an den Teichäckern von mehreren unbekanntenen Männern unter den Rufen „Freiheit“ überfallen worden.

Die Barone wollen ihre Herrschaft befestigen.

Die kommissarische Regierung in Preußen schafft noch kurz vor den Verhandlungen vor dem Staatsgerichtshof fertige Tatsachen, indem sie einen neuen großen Beamten-schub vorgenommen und zahlreiche Oberpräsidenten und Landräte neu eingesetzt hat. Von 24 neu ernannten Beamten an maßgebender Stelle sind elf adelig. Die anderen werden aber wohl auch den Herrenklubkreisen nicht fernstehen. Und das alles geschieht zur „Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung in Preußen“.

Abbau der Ministergehälter verfassungswidrig?

Im Hessischen Landtag wurde am Dienstag einstimmig beschlossen, die Ministergehälter auf 12 000 Mark herabzusetzen. Dazu erklärte eine „zuständige Stelle“, der Beschluß widerspreche der Reichsverfassung, weil er in wohlerworbene Rechte eingreife, und werde deshalb zunächst nicht durchgeführt. Die Durchführung des Beschlusses könne zur Folge haben, daß die höchsten Beamten des Landes geringer bezahlt würden, als ihnen unterstelle. — Kann man dort etwa nicht auch abbauen?

Köln

Köln

Oeffentliche Kundgebung:

Sondergerichte und Klassenjustiz
Redner: Rechtsanwalt Dr. Erich Lewinski (Kassel)

am Sonnabend, dem 8. Oktober 1932, 20.15 Uhr, im
Coloniahau, Köln, Aachener Straße 5.

Vereinstalter: Deutsche Liga für Menschenrechte,
Internationaler Sozialistischer Kampf-Bund (ISK), Deutsche
Friedensgesellschaft,
Eintritt 20 Pf. Erwerbslose 10 Pf.

Mayr beschuldigt Röhm des Meineides.

Die Unterhaltung zwischen Mayr und Röhm, die im Augenblick durch die Presse geht, ist derart unter aller Kritik, daß man nicht anders kann, als an Heine zu denken, der zwischen Rabbi und Mönch unterscheiden sollte.

Wenn wir hier die Unterhaltung der beiden Herren so ausführlich wiedergeben, so nur darum, um unseren Lesern Material zu liefern zu der

Frage, was heute alles in der Öffentlichkeit, und sogar in der proletarischen und republikanischen Öffentlichkeit eine wesentliche Rolle spielen kann.

Wir stehen nicht an, zu erklären, daß wir nicht verstehen, was die Leitung des „Reichsbanners“ mit Herrn Mayr will. Dieser hat nun also unter anderem erklärt:

„Eine geradezu groteske Unwahrheit ist es, wenn behauptet wird, ich hätte für mich und gar noch für Teile des „Reichsbanners“ eine Unterstellung ausgerechnet unter die Führung eines Hauptmanns Röhm angestrebt oder angeboten. . . . Aus der heutigen Erklärung des Herrn Röhm geht für mich hervor, daß er eine ehrenwörtliche Verpflichtung gebrochen hat. Die ehrenwörtliche Verpflichtung war für mich eine weitere Bekräftigung, daß es dem sehr aufgeregten Herrn Röhm wirklich nur darauf angekommen war, bei mir einen Rückhalt gegenüber seinen Gegnern im eigenen Lager zu suchen. Wie schon vorher durch Herrn Bell, so hat er auch persönlich in jener Unterredung auf das Dringendste gebeten, ihm weiteres Material gegen seinen Feind Schulz zu beschaffen. In jener Unterredung mit mir hat er im Gegensatz zu seiner heutigen Erklärung die blutigen Pläne im Braunen Haus durchaus ernst genommen. In diesem Sinne hat er sich ja auch im Mordprozeß Danzeisen vor Wochen schon eidlich ausgesprochen.“

Was den politischen Inhalt des Gespräches anlangt, so sei einestweilen folgendes hervorgehoben: Der Hauptteil des Gespräches bezog sich auf die unglaublichen inneren Zu-

stände im Braunen Haus. Röhm ging dabei auch auf die Personalverhältnisse in der SA-Organisation ein. Er erörterte sogar die eben erfolgte Versetzung oder Kaltstellung einzelner SA-Führer. Wie sehr in jenem Gespräch die Person seines Partifreundes Schulz im Vordergrund stand, habe ich schon dadurch bewiesen, daß ich ausführlicher die schwere Indiskretion mitteilen konnte, die mir, dem politischen Gegner gegenüber, sich der Hauptmann Röhm über eine tags zuvor mit dem General v. Schleicher abgehaltene Unterredung erlaubte. . . .

Im Laufe des 3/4stündigen Gespräches wurde von Herrn Röhm auch der Gedanke gestreift, wie bedauerlich es sei, daß SA und „Reichsbanner“ in teilweise blutigem Kampf gegeneinander ständen. Die Schuld daran schob Röhm den Politikern, den „Zivilisten“ zu. Er unterscheidet, so erklärte er mir, zwei Kategorien: die Soldaten und die Zivilisten. An der Verhetzung seien nur die Zivilisten Schuld, die dann im geeigneten Augenblick sich zu drücken verstünden. Unter diese Zivilisten rechnete er wörtlich auch seinen Kollegen in der Reichsleitung, den Reichstagsabgeordneten Dr. Frank. . . .

Herr Röhm hat eine „eidesstattliche Erklärung“ gewagt. Hierzu stelle ich nur fest, daß in dem Münchener Prozeß der Zeuge Bell, heute noch Mitglied der NSDAP, seine Vernehmung abzulehnen versuchte mit der Begründung, im Braunen Haus würden eidesstattliche Versicherungen nach Bedarf hergestellt, die ihn in die Gefahr einer Verfolgung wegen Meineid bringen könnten.“

Inzwischen bringt der „Vorwärts“ die Meldung, daß Herr Bell, der außenpolitische Mitarbeiter von Röhm, persönlich auf der „Vorwärts“-Redaktion ähnliche Angaben bezüglich der nationalsozialistischen Tscheke gemacht hatte, wie er und Mayr sie auch als Zeugen vor Gericht jetzt beschworen haben. Oberleutnant Schulz hat außerdem gegen Major Mayr wegen dessen Zeugenaussage Strafantrag wegen Meineides gestellt.

Die Produktivitätsfrage im Kapitalismus.

Ein Beitrag zur Sozialisierungsdebatte.

Unter dieser Doppeltüberschrift schreibt Fritz Tarnow, der Vorsitzende des Holzarbeiterverbandes, einen interessanten Leitartikel in Heft 9 der von Leipart herausgegebenen Zeitschrift „Die Arbeit“. Der Aufsatz ist gerade für diejenigen, die nicht wie Tarnow grundsätzlich für Sozialisierung eintreten, besonders interessant; denn der Aufsatz zeigt, warum Sozialisten wie Tarnow die Sozialisierung (genauer: die Vergesellschaftung der wichtigsten Produktionsmittel) für den einzigen Ausweg aus Krise und Ausbeutung halten.

Tarnow weist eingangs darauf hin, daß der Führer der Deutschen Volkspartei auf eine Anklage gegen das kapitalistische System einmal antwortete: „Dieses System habe doch innerhalb eines Jahrhunderts für viermal mehr Menschen eine viermal größere Versorgung ermöglicht.“ Tarnow fährt fort: „Gleichviel wie es mit der Größenordnung bestellt ist, die Tatsache, daß der Kapitalismus den gesellschaftlichen Reichtum und auch den durchschnittlichen Lebensstandard wesentlich schneller vergrößert hat als die Zeit vor ihm, kann nicht bestritten werden... So viele Sünden das kapitalistische System auch zu verantworten hat, um dieses Vorzugs willen halten es viele, die seine unsozialen Auswirkungen nicht leugnen, dennoch für die beste der denkbaren Wirtschaftsordnungen.“

Welches Urteil würde Tarnow — so fügen wir hier gleich zu — über eine Wirtschaftsordnung abgeben, die auch diesen einen Vorzug hat, aber ohne jene vielen Sünden?

Tarnow selber ist merkwürdigerweise der Ansicht, im kapitalistischen System seien „die Krisen immer nur durch eine Wiederbelebung der Produktionsmittelindustrien überwunden worden“. Dabei hat das Deutsche Institut für Konjunkturforschung eindeutig festgestellt, daß in den Krisen von 1900 und 1907 das Arbeitseinkommen nicht einmal dem Geldbetrage nach gesunken, sondern nur langsamer als in den Jahren der Hochkonjunktur gestiegen ist. („Vierteljahrshefte für Konjunkturforschung“, 1927, Ergänzungsheft 3). Die Kaufkraft des Arbeitseinkommens ist in diesen Krisen, weil gleichzeitig die Lebenshaltungskosten gesunken sind, stark gestiegen. Und das sollte zur Überwindung dieser Krisen, die nach der sicher auch von Tarnow geteilten Marx'schen Ansicht als letzten Grund die Armut und Konsumtionsbeschränkung der Massen hatten, nichts beigetragen haben?

Die Steigerung der Massenkaufkraft war unseres Erachtens in früheren Krisen eine wichtige Voraussetzung dafür, daß Kapitalisten sich bereit fanden, neue Produktionsmittel aufzustellen, und daß deshalb die von Tarnow in erster Linie genannte „Wiederbelebung der Produktionsmittelindustrien“ eintreten konnte. Wir verkennen dabei keineswegs, daß bei früheren Krisen — im Gegensatz zu der heutigen in Deutschland — die Kapitalausfuhrmöglichkeit auch eine große Rolle für die „Wiederbelebung der Produktionsmittelindustrien“ spielte. Aber das muß uns Tarnow jedenfalls zugeben, daß Krisen nicht „immer nur durch eine Wiederbelebung der Produktionsmittelindustrien überwunden worden“ sind. Oder aber, er muß die erwähnten Untersuchungen des „Instituts für Konjunkturforschung“ als falsch nachweisen.

Gegenwärtig kommt zum mindesten für Deutschland „umfangreiche zusätzliche Investitionstätigkeit in fremden Ländern“ als Bedingung des eigenen Aufstiegs nicht in Frage. (Wie es in dieser Hinsicht in anderen Ländern steht, bleibe hier unerörtert.) Tarnow hat also sicher recht, daß die Krise dieses Mal in Deutschland nicht auf Grund solcher Investitionen durch Wiederbelebung der Produktionsmittelindustrien überwunden werden kann. Er hat auch recht mit der Behauptung, daß die „Bereitstellung großzügiger öffentlicher Investitionen... nur ein zeitlich begrenztes Ausweichen“ bedeuten würde. Er hat ferner recht mit der entscheidenden Feststellung: „Ein Ausweg kann nur gefunden werden durch Umleitung der Arbeitskräfte aus der Produktionsmittel- in die Verbrauchsgüter-sphäre.“

Theoretisch gäbe es, so schreibt Tarnow eine Lösung, „nämlich

die Erhöhung der Massenkaufkraft auf einem anderen Wege als dem der Mehrbeschäftigung für neue Investitionen. Dieser andere Weg kann jedoch nur in allgemeinen Lohn erhöhungen bestehen.“

Tarnow bezeichnet diese Lösung als eine Lösung im Kapitalismus. Das ist insofern richtig, als sie innerhalb des Kapitalismus begonnen werden kann. Sie führt aber, was Tarnow nicht schreibt und wohl auch nicht sieht, über den Kapitalismus hinaus. Sie ist eine Lösung im Rahmen der Marktwirtschaft. Und das ist wohl der Grund dafür, daß Tarnow dieser Möglichkeit nicht genauer nachspürt. Denn er ist wohl von vornherein überzeugt, daß in der Marktwirtschaft stets Ausbeutung stattfindet.

Tarnow betont immer wieder, es handle sich bei der erwähnten Lösung „nur um eine theoretische Möglichkeit“. Seine Begründung dafür:

„Der Kapitalismus ist durch seine Automatik gehemmt, den Verbrauch mit der wachsenden Produktivität im Gleichgewicht zu halten.“

Sehr richtig! Der Kapitalismus, die mit kapitalistischen Monopolen durchsetzte und infolgedessen kapitalistisch gesteuerte Marktwirtschaft ist durch ihre Automatik an der Erhaltung jenes Gleichgewichts gehemmt. Anders ausgedrückt: Die kapitalistische Einkommensverteilung steuert die Wirtschaft automatisch immer wieder in Krisen hinein.

Darum ist es dem Kapitalismus gegenüber berechtigt — wir sind hier mit Tarnow wieder ganz einig —, die Produktivitätsfrage nicht in der Form zu stellen, daß man fragt, „wie die produktiven Kräfte vergrößert werden können, als vielmehr, wie sie für tatsächliche Produktion eingesetzt werden können“.

„Und darin ist auf jeden Fall der Sozialismus unendlich überlegen.“ Mit diesen Worten schließt Tarnow seinen Aufsatz. — Mag sein, daß die sozialistische Planwirtschaft der kapitalistischen Wirtschaft in bezug auf die Ausnutzung der vorhandenen Produktivkräfte überlegen ist (auch das ist übrigens keineswegs sicher!). Diese Frage ist aber jedenfalls nicht die entscheidende Frage der Sozialisierungsdebatte.

Wir wiederholen mit Nachdruck die Frage:

Welches Urteil würden die Anhänger der Sozialisierung über eine Wirtschaft abgeben, in der die Produktivkräfte — so wie das Tarnow selber, übrigens nach dem Vorbild von Karl Marx, in bezug auf den Kapitalismus geradezu rühmend hervorhebt — stark und rasch vergrößert werden, in der aber — im Gegensatz zum Kapitalismus — die Kaufkraft der Massen so steigt, daß diese vergrößerten Produktivkräfte tatsächlich in der Produktion von Konsumgütern eingesetzt werden?

Ist eine solche Wirtschaft möglich? Ist eine sozialistische (das heißt: ausbeutungsfreie) Marktwirtschaft möglich? Diese Frage gilt es in den Mittelpunkt der Sozialisierungsdebatte zu stellen! Auf sie müssen gerade diejenigen Anhänger der Sozialisierung, die die Entwicklung der Produktivkräfte im Kapitalismus rühmend, mit Nein antworten und sie müssen diese Antwort begründen, che sie über Einzelheiten der Sozialisierung debattieren! • Hellmut Rauschenplat.

FRANKREICH

Rückgang der Staatseinnahmen: Im August wurde der Voranschlag um 362 Millionen Francs (60 Millionen Mark), das sind 10% Prozent, unterschritten. In den ersten fünf Monaten des laufenden Finanzjahres ergibt sich insgesamt ein Einnahmefall von 8% Prozent.

Die Angst vor der großen Ernte führte auch in Frankreich zu einer Herabsetzung der Ausmahlungsgrenze für Mehl: Bisher durften aus 100 Kilo Getreide 68 Kilo Mehl ausgemahlen werden, künftig nur noch 66 Kilo.

Gegen private Geldschöpfung.

Wir erinnern uns aus der Inflationszeit, daß private Firmen ein Geschäft daraus machten, eigenes Notgeld herauszugeben. Das war insbesondere ein überaus billiges Verfahren, Löhne aufzubringen. Etwas ganz Ähnliches wird heute in Deutschland mancherorts versucht.

Mit der „theoretischen“ Begründung: „Aufbaukredite können und müssen zinslos sein“ bilden sich Arbeitsgemeinschaften (vielfach „Ausgleichskassen“ genannt), die solche zinslosen Kredite geben. Wie machen sie das? Ohne Einlagen erhalten zu haben, eröffnen diese Institute den Beteiligten Konten und schreiben ihnen Beträge gut. Ueber diese höchst einfach und billig geschaffenen Guthaben verfügen die Beteiligten dann, indem sie ihre Lieferanten mit „Verrechnungsanweisungen“ bezahlen. Es sind Fälle bekannt geworden, in denen auch Gutscheine zur Bezahlung von Arbeitern ausgegeben wurden, in denen also nicht nur sogenanntes „Buchgeld“, sondern sogar Notgeld „geschöpft“ wurde.

Nach einer Mitteilung des Preussischen Pressedienstes hat Bracht neben allem Nachdenken über Badehosen und Zwickel Zeit gefunden, sich in einem Erlaß mit dieser privaten Geldschöpfung zu befassen. Er brandmarkt sie mit Recht als eine ernsthaft währungspolitische Gefahr und weist darauf hin, daß die Beteiligten dabei Geld verlieren können; ferner weist er die Gemeinden an, ihre etwa vorhandenen Beteiligungen sofort aufzugeben.

Es ist in der Tat notwendig, gegenüber solchem privaten Geldschöpfungsunfug durchzugreifen, durch den einzelne Gemeinden einen Ausweg aus der Arbeitslosigkeit suchen. Sonst werden sich die anarchischen Versuche Einzelner und einzelner Gemeinden, aus der Krise herauszukommen, immer mehr häufen.

Die Finanznot der Städte im Ruhrgebiet.

Bei einem Presse-Empfang in Bochum, zu dem die Vereinigung der Finanzdezernenten eingeladen hatte, wurde die Finanzlage der Ruhrgebiets-Städte dargelegt.

Ein Drittel der Bevölkerung des Ruhrgebietes lebt von öffentlicher Unterstützung.

Den hieraus erwachsenden Anforderungen wissen die Stadtverwaltungen nur noch durch Nichtabführung von Staatssteuern, Beiträgen und Umlagen und durch sonstige Verfahren gerecht zu werden, die jeder ordnungsmäßigen Finanzgebarung widersprechen.

Finanzpolitisches Faustrecht! — Finanzpolitische Anarchie! Sie kann nur unterbunden werden, wenn der Staat eine ordnungsmäßige Finanzwirtschaft in den Gemeinden möglich macht. Er hat sie bisher geradezu unmöglich gemacht, indem er Lasten, die er selber nicht mehr tragen konnte, immer wieder an das „schwächste Glied der Kette“ hängte. Wann wird mit dieser unsinnigen Politik endlich Schluß gemacht? H. Lm.

OESTERREICH

Betrügerische Bankkredite: Wie die Wiener Neuen Nachrichten mitteilen, hat die Oesterreichische Kreditanstalt und die Boden Kreditanstalt bereits Ende Dezember 1928 — also bei noch verhältnismäßig guter Konjunktur — zu folgendem Betrugsmanöver gegriffen: Jede der beiden Banken schrieb einen Scheck über 15 Millionen Schilling auf den „Giro- und Kassaverkehr“ aus, obwohl sie bei ihm kein Guthaben hatten. Sie gaben sich gegenseitig diese Schecks und wiesen diese 15 Millionen Schillinge als Kassenbestand in der Bilanz auf. Am Tage nach dem Bilanzstichtag wurden die Schecks wieder ausgetauscht und vernichtet.

Rückgriff auf schuldige Bankbeamte? Eine Notverordnung soll es dem Bund ermöglichen, sich an dem Vermögen der schuldtragenden Funktionäre der Kreditanstalt und ihrer Konzernunternehmungen schadlos zu halten. Die Verordnung wird den Gerichten die Mittel in die Hand geben, die Vermögenswerte weitgehend zu erfassen, und sieht vor allem auch die restlose Sicherstellung der Vermögensbestände der ehemaligen Funktionäre der Kreditanstalt und ihrer Konzernindustrien vor. — Sehr gut!

Probleme der Bauern-Kollektivisierung in der Sowjet-Union.

2) Olga Domanowskaja: „Agrarsozialismus in Rußland. Bringt die Kollektivisierung den Ausweg?“ 174 Seiten. E. Laubische Verlagsbuchhandlung, Berlin.

Die Verfasserin untersucht die Haltung der verschiedenen Schichten auf dem Lande zur Kollektivisierung und kommt dabei zu dem Ergebnis: Die Landarbeiter und die Kleinbauern gehen in den heutigen Verhältnissen der Sowjet-Union in den Kollektivbetrieb (Kolchos), weil sie glauben, auf diese Weise ihre wirtschaftliche Lage verbessern zu können. Die Jugend insbesondere ist weniger von Besitzer-Instinkten erfüllt als die ältere Generation; ein bedeutender Teil der Dorfjugend hat den neuen Kolchosaufbau mit Enthusiasmus begrüßt. Die Mittelbauern jedoch, die etwa 60 Prozent der Landbevölkerung ausmachen, sind nach Ansicht der Verfasserin ausgeprägte Individualisten, wurzeln mit ihrem ganzen Wesen in ihren selbständigen Einzelbetrieben und lehnen in ihrer großen Masse jede kollektive Wirtschaftsform ab.

Welcher Druck auf die Mittelbauern ausgeübt wurde, wird durch einige Beispiele belegt: „In einem Dorfe weigerte sich ein Teil der Kleinbauern und Mittelbauern, in den Kolchos einzutreten. Die Organisation hat daraufhin, ohne lange zu überlegen, über die Widerstrebenden den gesellschaftlichen Boykott verhängt, untersagte ihnen, Feuer zu machen, und ging daran, den Rauchfang in der Bauernhäusern zu verstopfen.“ (Seite 42, nach „Ekonomitscheskaja Shisnj“, vom 17. Januar 1930.) Mittelbauern, die sich weigerten, in die Kolchosen zu gehen, wurden einfach zu Kulaken erklärt, sie wurden aus ihren Dörfern ausgewiesen und zwangsweise deportiert. — Nichts, gar nichts wäre gegen diese Deportationen auszusetzen, wenn sie notwendig gewesen wären im Interesse des Sozialismus. Das allerdings bleibt uns — auch wenn wir von der Schilderung Olga Domanowskajas in Anbetracht ihrer menschenwissenschaftlichen Einstellung viele Abstriche machen — zweifelhaft.

Die Umstellung der Bauern.

Die Einstellung derjenigen Bauern, die in den Kolchos eingetreten sind, hat sich gegenüber früher vollständig verändert. Wir vermuten, daß die Verfasserin das ziemlich richtig wiedergibt und zitiert sie daher hier ausführlich: „Früher konnte der Bauer mit seiner Familie monatlang die schärfste Sparpolitik durchführen, indem er sich den Ankauf von Stiefeln oder von warmer Kleidung versagte, um die dadurch ersparten Mittel für Wirtschaftsanschaffungen freizustellen. Jetzt hat sich die Situation radikal verändert. Der Kolchosbauer verlangt, daß der Staat ihm die Arbeitsmittel und das Kapital für alle wirtschaftlichen Bauten zur Verfügung stellt, und er verlangt darüber hinaus, daß der Staat auch die Sorge um die Erhaltung seiner Familie übernimmt, weil die Kollektivisierung des Bodens und der Produktionsmittel ihm die wirtschaftliche Grundlage geraubt hat, die ihm früher schlecht oder recht die Möglichkeit gab, sich selber und seine Angehörigen zu ernähren. Die Sowjetpresse wirft den Kolchosbauern häufig vor, daß sie habgierig seien, daß sie ganz und gar der staatlichen Fürsorge zur Last fallen möchten. Die lokalen Berichterstatter der Sowjetzeitungen bemühen sich um den Nachweis, daß diese Einstellung der Kolchosbauern das Ergebnis einer kulakischen Agitation sei. In Wirklichkeit zeigt sich hier das natürliche Ergebnis dessen, daß die Bauern, der Selbständigkeit ihres Privatbetriebes verlustig gegangen, sich, wenn sie bereits in die Kolchosen eingetreten sind, darum bemühen, die Kolchoswirtschaft für die Hebung ihrer eigenen Lage auszunutzen.“ (Seite 68/69.)

„Heute hat jeder Kolchosmittelbauer eigentlich zwei Betriebe. Als Kolchosmitglied ist er an dem Aufschwung des vergesellschafteten Betriebes interessiert, von dem die Höhe seines Ernteanteiles abhängt. Doch seine Besitzermentalität äußert sich darin, daß er seine Aufmerksamkeit zum größten Teil dem ihm verbleibenden privaten Besitzteil widmet. Die Erweiterung seines Gartens, die Ausdehnung seines Viehbestandes: das sind die Ziele, auf die das Streben des Kolchosbauern ausgerichtet ist.“ (Seite 158.)

Gefahren.

Olga Domanowskaja rechnet entsprechend ihrer Grundeinstellung mit der Möglichkeit, daß in der Sowjet-Union

eine Gegenrevolution einsetzt, die „unter dem Banner der Verteidigung des Privateigentums marschieren und den kapitalistischen Produktionsverhältnissen in Stadt und Land den Weg ebnen“ würde. (Seite 168.) Durch eine „Trombe des Schicksals“ könnten dann die Traktoren zur Grundlage der Wiederaufstehung der kulakischen Schichten werden, zu deren Bekämpfung sie gebaut worden sind. (Seite 164.)

Die Gefahr einer solchen Bewegung ist wohl tatsächlich vorhanden. Denn: „Die Kollektivisierung, die den Bauern die Möglichkeit einer sicheren individuellen Bodennutzung nimmt, raubt ihnen in ihrer Vorstellung das, was ihnen die Revolution gegeben hat.“ „Die Kollektivisierung ist deswegen gefährlich, weil der Bauer die Revolution nicht verteidigen wird, wenn sich in seinem Kopf die Vorstellung einnistet, daß die von der Revolution begründete Sowjetmacht ihm den lang-ersehnten Boden wieder fortgenommen hat.“ (Seite 169/170.)

Wie die Gefahren überwinden?

Daß Olga Domanowskaja zur Verhütung einer Reaktionsperiode die Demokratisierung des Sowjetsystems als einzigen Ausweg sieht, um „die Bauern mit dem bestehenden Regime zu versöhnen und der Arbeiterklasse die Errungenschaften der Revolution zu sichern“ (Seite 174), wundert uns bei ihrer sonstigen Haltung nicht. Wir halten diese ihre Ansicht für völlig falsch. Die Demokratisierung, das Überlassen der Entscheidungen an die Mehrheit, wäre unserer Ansicht nach vielmehr der sicherste Weg, die Sowjet-Union an die Reaktion auszuliefern.

Der sicherste Weg zum Aufbau des Sozialismus wird dann beschritten werden, wenn die russischen Kommunisten sich daran erinnern, daß — nach guter marxistischer Lehre — das Privateigentum an sich nicht zu Ausbeutung führt, sondern nur unter bestimmten gesellschaftlichen Umständen. Es liegt an ihnen, die ja in der Sowjet-Union unbeschränkte Gewalt haben, die gesellschaftlichen Umstände so zu gestalten, daß Ausbeutung ausgeschlossen ist, daß die Bauern genügend Getreide in die Städte liefern und — worauf alles ankommt — die Revolution gemeinsam mit den russischen Arbeitern gegen alle Welt verteidigen; sie werden das tun, wenn sie — nach vielem Hin und Her — wieder sicher sind, daß die Sowjetmacht, die das Land den Großgrundbesitzern genommen hat, es ihnen gibt und taft. H. Lm.